Gegen Vergessen

FÜR DEMOKRATIE

Informationen für Mitglieder, Freunde und Förderer von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Erinnerungsort Topf & Söhne ab Seite 04

Besuch in Marzabotto ab Seite 08

Kann und soll man die NPD verbieten? ab Seite 12

Gegen Vergessen
Für Demokratie e.V.

EDITORIAL

Liebe Mitglieder von Gegen Vergessen – Für Demokratie, liebe Freundinnen und Freunde,

unsere Mitgliederversammlung im November in Erfurt ist Geschichte. Ein gesellschaftspolitisches, hochaktuelles Thema hat unsere Diskussionen dort besonders bestimmt: Eine rechtsextreme Terrorzelle mit dem harmlos klingenden Buchstabentripel NSU. Die Erschütterung hält an, dass diese Verbrechen in unserem Land möglich waren und über Jahre unentdeckt blieben. Immer mehr unglaubliche Details zur Un-Tätigkeit der Behörden kommen ans Licht und schreien nach Konsequenzen.

Seither ist zu wenig geschehen. Ein auf Langfristigkeit und Zielgenauigkeit ausgerichtetes nationales Konzept gegen Rechtsextremismus fehlt ebenso wie ein konzertiertes Vorgehen von Bund und Ländern. Stückwerk, Halbherziges und Kurzatmiges wohin man blickt. Unsere Mitgliederversammlung hat auch deshalb eine Erklärung verabschiedet, die die politisch Verantwortlichen in die Pflicht nimmt, Rechtsextremismus und den Kampf dagegen endlich als eine gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe zu betrachten. Und die die Bevölkerung aufruft, im Engagement nicht nachzulassen.

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. fordert in der Erklärung, den langjährig erfolgreichen Projekten eine längerfristige Finanzierung zu gewähren und auf diese Weise das zivilgesellschaftliche Engagement zu stabilisieren und mehr zu würdigen. Den Wortlaut der Erklärung finden Sie in diesem Heft ebenso wie einen Artikel zum Für und Wider eines neuen NPD-Verbotsverfahrens. Manchmal tut ein Blick über den Tellerrand gut: Wie läuft eigentlich der Kampf gegen Rechtsextremismus in den USA? Ein interessanter Text gibt Auskunft.

In der Titelgeschichte dieser Ausgabe stellen wir den Erinnerungsort Topf & Söhne in Erfurt vor. Er führt uns die grausame industrielle Vernichtungsmaschinerie in Auschwitz und in anderen Lagern vor Augen. In der thüringischen Fabrik wurden die Öfen für die Tötungsanlagen hergestellt. Viele Mitglieder der Vereinigung nutzten das Angebot im Vorfeld unserer Versammlung, den Gedenkort zu besuchen. Eine Führung bot eine Fülle interessanter Informationen über die Rolle des Unternehmens beim Massenmord in den Konzentrationslagern, aber auch über den Umgang mit diesem Ort in der Zeit nach dem Krieg.

Die verschiedenen Themen und die vielen Begegnungen ließen die Mitgliederversammlung für mich und für die Angereisten zu einem intensiven Erlebnis werden. Ich war einmal mehr beeindruckt von den Arbeitsberichten der Regionalen Arbeitsgruppen. An dieser Stelle sei noch einmal für diese Arbeit herzlich Dank gesagt, sie stellt das Fundament unserer Vereinigung dar. Erste Besuche der Regionalen Arbeitsgruppen in Baden-Württemberg und Augsburg haben mir den direkten Kontakt vor Ort ermöglicht. Reisen, die ich in den kommenden Monaten gern fortsetzen möchte.

Für alle, die in Erfurt nicht dabei sein konnten, sind in dieser Zeitschrift die wichtigsten Programmpunkte des Wochenendes zusammengefasst. An diejenigen, die in Erfurt persönlich mit dabei waren, möchte ich mich zum Schluss noch einmal explizit wenden: Liebe Mitglieder, ich danke Ihnen allen von ganzem Herzen für das überwältigende Vertrauen, das Sie mir mit Ihrem einstimmigen Votum in geheimer Wahl ausgesprochen haben. Ausgestattet mit diesem starken Rückenwind möchte ich in engem Schulterschluss mit Ihnen alles dafür tun, in den kommenden zwei Jahren unsere gemeinsamen Projekte voranzubringen.

Ihr

Ihr Wolfgang Tiefensee

Inhaltsverzeichnis

Die Themen in dieser Ausgabe

Thema

Erinnerungsort Topf & Söhne 04
Besuch in Marzabotto 08
Kann und soll man die NPD verbieten? 12
Wehrhafte Demokratie? – Die amerikanische Antwort auf den Rechtsextremismus 14
„Gegen das Vergessen“ auch auf dem flachen Land in Schleswig-Holstein 16

Aus unserer Arbeit

Mitgliederversammlung 2012 18
Erfurter Erklärung 20
Preisverleihung in Erfurt: Mensch sein – eine Frage der Betonung 21
„Die letzten Argumente sind Strang und Fallbeil nicht“ 23
RAG Sachsen: „Es darf Spaß machen, jüdisch zu sein“ 24
RAG Baden-Württemberg, Sektion Böblingen-Herrenberg-Tübingen:
Jugendguides und NS-Verbrechen vor Ort 25
Neues über Bernard Wolf – Häftling im Außenlager Hailfingen/Tailfingen 27
RAG München: Helga König geehrt 30
RAG Baden-Württemberg: Schweigen macht mitschuldig. 30
RAG Rhein-Ruhr-West: Zwangsarbeit – Rückkehr in die eigene Kindheit 32
RAG Nordhessen: Legalisierter Raub. 33

Namen und Nachrichten

Geschichtsmesse 2013 36
Polnisches Buch des Jahres 2012 36
Siegfried Vergin gestorben 37
„Wer in der Demokratie schläft, wacht in der Diktatur auf“ Zum Tod von Hans Bonkas 37

Rezensionen

Kantstraße 79 39
Ein Jahrhundertleben 40
Literatur und Politik – Ein deutsches Verhängnis? 41

Medien

Buchempfehlungen 42

Kalender

Veranstaltungen 45

Allgemeines

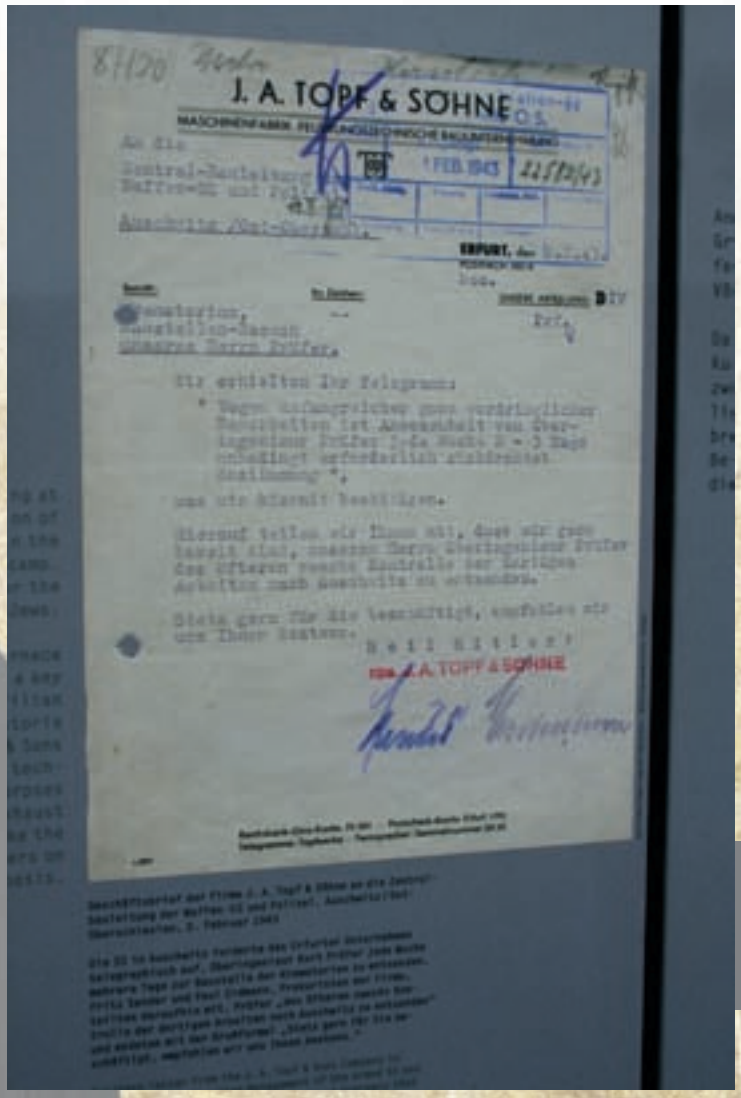
Vorstand & Beirat // Fotonachweise // Impressum 46
RAG Anschriften 47

Cover: Kastner Pichler Architekten

THEMA

Erinnerungsort Topf & Söhne

Erstmals wird die Mittäterschaft der Industrie am Holocaust erinnert



„Stets gern für Sie beschäftigt..."

Annegret Schüle, Rebekka Schubert, Mieke Hagenah

Der in Erfurt 2011 eröffnete Erinnerungsort „Topf & Söhne – Die Ofenbauer von Auschwitz“ hat in der europäischen Erinnerungslandschaft ein einzigartiges Potenzial. Er ist die einzige historische Stätte, an der an einem ehemaligen Firmensitz die Mittäterschaft der privaten Wirtschaft am Massenmord in den nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslagern gezeigt und belegt wird.

Die Firma J. A. Topf & Söhne (gegr. 1878) produzierte ab 1914 Feuerbestattungsöfen, die eine besonders pietätvolle Einäscherung ermöglichten und sehr erfolgreich waren. Gleichwohl blieb dieser Produktionsbereich immer klein und erbrachte nur wenige Prozente des Umsatzes im Gesamtunternehmen. Als die SS ab 1939 Öfen verlangte, mit denen die Leichen der Ermordeten in den Konzentrationslagern beseitigt werden sollten, entwickelte und baute Topf & Söhne auch diese Öfen. Sie widersprachen allen gesetzlichen Vorgaben und waren wie Anlagen für die Kadaververnichtung konstruiert. Topf & Söhne lieferte in die Konzentrationslager Buchenwald, Dachau, Auschwitz Stammlager, Mauthausen, Gusen und Groß-Rosen. 1942 bauten die Nationalsozialisten Auschwitz-Birkenau zum Zentrum des Völkermordes an den europäischen Juden und an den Sinti und Roma aus. Nun konzipierte die SS die Krematorien wie „Todesfabriken“: Tötung und Leichenbeseitigung wurden unter einem Dach zusammengefasst und sollten ohne Unterbrechung, möglichst schnell, billig und brennstoffsparend vonstattengehen. Um dies zu bewerkstelligen, war die SS auf zivile Experten angewiesen, die keine Skrupel hatten, sich in die praktischen Probleme der Vernichtung hineinzudenken. Die Erfurter Firma hat bei Aufbau und Betreibung dieser Krematorien eine entscheidende Rolle gespielt. Erst die leistungsstarken Öfen von Topf & Söhne erlaubten der SS, die Spuren ihres Menschheitsverbrechens zu verwischen. Und nur die Lüftungstechnik von Topf & Söhne ermöglichte in den nicht auf natürlichem Wege zu entlüftenden Gaskellern, dass diese im Dauerbetrieb als Mordeinrichtungen betrieben werden konnten. Weit über eine Million Menschen wurden in Auschwitz ermordet: über 960.000 Juden, bis zu 75.000 Polen, 21.000 Sinti und Roma, 15.000 sowjetische Kriegsgefangene sowie 15.000 Menschen verschiedener Nationalität.

Kaum ein Dokument der Ausstellung entlarvt die Bereitschaft, Teil der Vernichtungsmaschinerie zu werden, so deutlich wie dieses Schreiben der Firma Topf & Söhne von 1943. Darin findet sich auch der Halbsatz, der nun auf den Stelen im Außengelände und auf der Fassade des ehemaligen Empfangsgebäude der Firma zu lesen ist: „Stets gern für Sie beschäftigt,…“.
Fotos: Kastner Pichler Architekten und Dennis Riffel

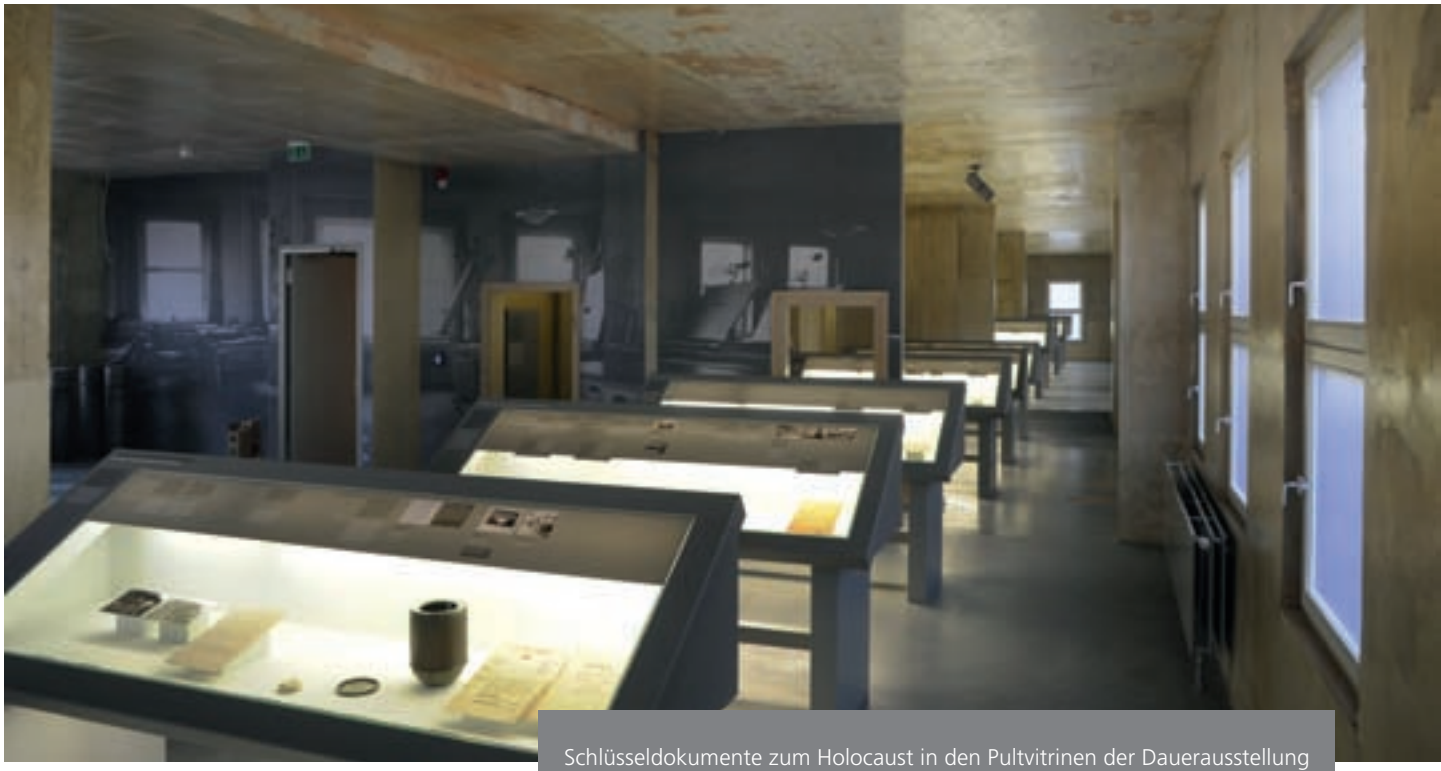
Gedächtnis-, Lern- und Begegnungsort

Der Erinnerungsort Topf & Söhne entstand aus einem Forschungsprojekt der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora und arbeitet mit der Stiftung als dauerhaftem Kooperationspartner zusammen. Eröffnet wurde er am 27. Januar 2011 und damit 66 Jahre nach der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau. Selbst erkämpft, regt er die Menschen in Erfurt und weit darüber hinaus heute an, sich mit einem Aspekt der lokalen Industriegeschichte zu beschäftigten, der in seiner Bedeutung weit über die stadthistorischen Dimensionen hinausgeht.

Das ehemalige Verwaltungsgebäude der Firma, in dem heute der Erinnerungsort untergebracht ist, wurde bei der Sanierung durch das Büro Kastner Pichler, Architekten aus Köln, wie ein Exponat behandelt und in Abstimmung mit der städtischen Denkmalpflege gestaltet. Im Haus sowie auf dem Vorplatz wurden historische Spuren sichtbar gemacht. Ein gusseisernes Modell im Maßstab 1:50 zeigt das Firmengelände 1944/45. In der von Hans Dieter Schaal entworfenen Innenausstellung werden Schlüsseldokumente zum Holocaust aus dem Betriebsarchiv sowie aus Auschwitz und Moskau gezeigt. Fotos und Sachzeugnisse dokumentieren die Firmengeschichte. Berichte von Häftlingen bezeugen, was den Menschen in Auschwitz angetan wurde. In Buchenwald 1997 geborgene Aschekapseln und die zu Lumpen zerschlissene letzte Habe von Häftlingen auf den Todesmärschen von Auschwitz-Birkenau nach Buchenwald werden als stumme Zeugnisse gezeigt. Die Ausstellung thematisiert auch die Nachgeschichte der Leugnung, Verdrängung und Strafverschonung sowie die späte und erkämpfte Erinnerung bis zur Eröffnung des Erinnerungsortes.

In der Außenausstellung, die auch das Gelände des hinter dem Verwaltungsgebäude neu errichteten Fachmarktzentrums einbezieht, berichten Stelen von den Produktionsorten der KZ-Öfen und der Lüftungstechnik – mitten im heutigen Geschäftsalltag, so wie auch damals die Verbrechensbeteiligung im betrieblichen Alltag geschah. Die Qualität der Gestaltung des historischen Ortes und der Umgang mit den baulichen Spuren der Geschichte ist 2011 mit zwei Architekturpreisen gewürdigt worden: dem Label „best architects 12“ in Gold, der unter fast 300 Arbeiten aus dem deutschsprachigen Raum nur neun Mal vergeben wurde, und einem Preis im Wettbewerb „eins zu eins“ des BDA Thüringen.

Vor dem Hintergrund eines gut erforschten und dokumentierten historischen Geschehens bietet der Erinnerungsort einen Raum zur Reflexion aktueller gesellschaftlicher Fragen. Insbesondere der Themenkomplex „Arbeit und Verantwortung“ ist ein wichtiger und innovativer Zugang in der von Gedenkstätten angestrebten Menschenrechtsbildung. Die Betrachtung von J. A. Topf & Söhne als „normales Unternehmen“ erleichtert es, die Jugendlichen zu motivieren, in die Auseinandersetzung mit der Geschichte des Holocaust einzusteigen. Während im Geschichtsunterricht eher Makrogeschichte dominiert, steht bei der Beschäftigung mit der Firmengeschichte von Topf & Söhne die Betrachtung einzelner Personen in ihrem gewöhnlichen Alltag im Zentrum.



Schlüsseldokumente zum Holocaust in den Pultvitrinen der Dauerausstellung

Das Projekt Lebendige Erinnerung

Seit seiner Eröffnung verfolgt der Erinnerungsort das Projekt Lebendige Erinnerung, in dem er den Überlebenden der nationalsozialistischen Lager Gehör verschafft, ihre berührenden und verstörenden Erfahrungen mit der Öffentlichkeit teilt und Begegnungen zwischen diesen letzten Zeitzeugen und den Nachgeborenen, insbesondere der Jugend, ermöglicht. Das Team des Erinnerungsortes wurde durch die Begegnung mit der ungarischen Auschwitz-Überlebenden Éva Pustzai inspiriert, ihr und anderen Überlebenden der nationalsozialistischen Vernichtung die erste eigene Sonderausstellung zu widmen: „Unersetzbar. Begegnungen mit Überlebenden". Die Ausstellung porträtiert fünf Überlebende und erinnert an ihre ermordeten Familienmitglieder. Esther Bejarano und Éva Pusztai, eine deutsche und eine ungarische Jüdin, haben das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau überlebt. Günter Pappenheim war als Sohn eines ermordeten Sozialisten selbst im KZ Buchenwald inhaftiert. Die Sinteza Waltraud Reinhardt verlor als Kind ihre Eltern. Sie erzählt in der Ausstellung zum ersten Mal ihre Geschichte. Reinhard Schramm, ein deutscher Jude, überlebte als Kleinkind mit seiner Mutter im Versteck. Ihr Leben bezeugt verschiedene Dimensionen der nationalsozialistischen Verfolgung, des Widerstands und der Rettung. Eigens für die Ausstellung geführte Filminterviews, Dokumente, Fotos und Gegenstände aus persönlichem Besitz berichten von Kindheit, Deportation, Lagererfahrungen und dem Schicksal der Familien. In der Ausstellung formulieren die Überlebenden ihr Vermächtnis an die nachfolgenden Generationen. Der Kern ihrer Botschaft ist die Grundsolidarität des Menschen mit dem Menschen als Substanz für eine weltoffene, menschliche Zukunft.

Eine umfangreiche Darstellung der Firmengeschichte von J. A. Topf & Söhne liefert die 464 Seiten starke Monographie „Industrie und Holocaust. Topf & Söhne – Die Ofenbauer von Auschwitz" von Annegret Schüle. Der Zeithistoriker Lutz Niethammer urteilte über dieses Buch: „Hier liegt eine ungemein eindringliche Untersuchung einer auf beklemmende Weise beispielhaften Mitwirkung am Holocaust vor. Sie wird auf lange Zeit die abschließende Untersuchung zu Topf & Söhne und der geeignete Begleitband für den Gedächtnisort in Erfurt werden." 2012 wurde das Buch als Habilitationsschrift von der Philosophischen Fakultät der Universität Erfurt angenommen.

PD Dr. Annegret Schüle ist Leiterin, Rebekka Schubert Gedenkstättenpädagogin und Mieke Hagenah wissenschaftliche Volontärin am Erinnerungsort.

Besuch des Erinnerungsortes Topf & Söhne

Am 24. November 2012, vor der Mitgliederversammlung unserer Vereinigung, besuchte eine Gruppe von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., darunter auch zahlreiche Vorstandsmitglieder, den außergewöhnlichen Erinnerungsort Topf & Söhne. Die Vereinsmitglieder zeigten sich beeindruckt von der 2011 eröffneten Dauerausstellung und der aktuell gezeigten, ersten Sonderausstellung „Unersetzbar. Begegnung mit Überlebenden". Besonders interessiert war die Gruppe während der eineinhalbstündigen Führung durch das Außengelände und die Ausstellungen auch an der Geschichte des Geländes nach 1945 und an der Entstehung des Gedenkortes. Einig war man sich, dass man an diesem Ort mitten in Deutschland der NS-Vernichtungsmaschinerie bedrückend nahe komme.

Ehemaliger Arbeitsplatz des Ingenieurs Kurt Prüfer. Er konstruierte die KZ-Öfen. Fotos: Kastner Pichler Architekten

Besuch in Marzabotto am Jahrestag des deutschen Massakers vor 68 Jahren

Bernhard Lehmann

Mit einem Schreiben des Bundespräsidenten Dr. Joachim Gauck und den Grußbotschaften zweier Bundestagsabgeordneter, Ulla Jelpke und Heinz Paula im Gepäck, reiste ich gemeinsam mit meiner Frau am 29.9. nach Marzabotto, um den Opfern und Angehörigen eine symbolische Summe von 10.000 Euro zu überbringen und noch überlebende Opfer des Massakers zu befragen. Zwar war 2002 von Bundespräsident Rau die moralische Schuld eingestanden worden, aber im Gegensatz zu anderen Opfergruppen widerfuhr den italienischen Opfern nie juristische und finanzielle Genugtuung. Zudem wurden die Opfer immer wieder gedemütigt, weil Prozesse gegen die Schuldigen in Deutschland verschleppt oder niedergeschlagen wurden oder gar keine Anklage erfolgte.

Wie kam es zu den barbarischen Massakern der Deutschen?

Nach der Bekanntgabe des Waffenstillstands der Alliierten mit der neuen italienischen Regierung unter Marschall Pietro Badoglio vom 8. September 1943 kam es zum sofortigen Bruch mit NS-Deutschland. Die deutsche Wehrmacht begann mit der Entwaffnung von ca. der Hälfte der italienischen Streitkräfte und deren Internierung, sowie mit der systematischen Besetzung des Landes. Der durch ein Kommando-Unternehmen befreite Mussolini wurde zum Regierungschef einer neu gebildeten Marionettenregierung des Dritten Reiches, der Repubblica Sociale Italiana (Republik Salò).

Etwa 600.000 Mann der italienischen Armee wurden als Militärinternierte zur Zwangsarbeit nach Deutschland gebracht, annähernd 200 von ihnen kamen nach Gersthofen, wo sie gemäß dem Reichsluftfahrtsamt bei der Produktion des Treibstoffs für die V-2 bei der Firma Transehe eingesetzt wurden. Rund zwanzig Personen kamen alleine aus dem kleinen Ort Galluccio südlich von Rom, nördlich der Provinzhauptstadt Caserta (Kampanien).

Wie in allen nationalsozialistisch besetzten Staaten Europas haben auch in Italien im Laufe der 20-monatigen Besatzung Teile der Bevölkerung den Entschluss gefasst, sich der Okkupationsmacht zu widersetzen – mittels politischer und propagandistischer Aktion, Obstruktion, Sabotage oder Verweigerung der Zusammenarbeit.

Wie sah der Widerstand gegen die Besatzungsmacht und den Salò-Faschismus aus?

Widerstand in Italien entlud sich in einer militärischen Aufstandsbewegung, einer illegalen Presse, in Zehntausenden von Sabotageakten, Tausenden von politischen Attentaten, vor allem in einer Streikbewegung von gigantischen Ausmaßen.

Linke Seite: Bernhard Lehmann (rechts) mit Gianluca Luccarini, der viele seiner Angehörigen während des Massakers verlor, in den Ruinen von Marzabotto. Oben: Allgegenwärtig in Marzabotto ist die Erinnerung an die Ermordeten, denen auf Gedenksteinen gedacht wird. Fotos: Bernhard Lehmann

Das Massaker von Marzabotto

Im Winter 1943/44 scharte Mario Musolesi aus Marzabotto, Kampfname „Lupo", eine Partisanengruppe um sich. Nach dem Vorbild der jugoslawischen Partisanen unter Tito, die unter dem roten Stern kämpften, nannte er die Einheit „Stella Rossa". Zur Zeit des Massakers bestand sie aus ca. 800 Leuten, darunter 90 Frauen und eine größere Gruppe geflohener Kriegsgefangener. Das Gebiet zwischen den Flüssen Reno und Setta, das zu den Gemeinden Monzuno, Grizzana und Marzabotto gehört, lag zwischen den Fronten: Die Alliierten waren von Süditalien bereits bis zum benachbarten Gebirgszug vorgedrungen, die Deutschen belagerten die gegenüberliegende Bergkette. Auf zwei wichtigen Verkehrsstraßen und zwei Eisenbahnlinien, darunter die direkte Zugverbindung zwischen Bologna und Mittelitalien, transportierten Nationalsozialisten und Faschisten Truppen, Waffen und Waren. Dies machte die Gegend zu einem wichtigen Aktionsgebiet der „Stella Rossa", die Sabotageaktionen und Überraschungsangriffe gegen deutsche und faschistische Einrichtungen und Einheiten durchführte.

Seit dem Angriff der Alliierten im Sommer 1944 auf die „Gotenlinie", die deutsche Verteidigungslinie in Norditalien, waren die beiden Berge Monte Caprara und Monte Sole für die Deutschen die letzten natürlichen Bollwerke vor Bologna. Die dortigen PartisanInnen gerieten deshalb besonders ins Visier. Im September 1944 wurde die 16. Panzergrenadierdivision „Reichsführer SS" an diesen Frontabschnitt verlegt. Diese Division zog eine regelrechte Blutspur quer durch die Toskana und tötete nach Erkenntnissen des Historikers Carlo Gentile etwa 2500 ZivilistInnen und schickte mindestens 10.000 Italiener zwangsweise zum Arbeitseinsatz nach Deutschland. Am 28. September wurde der Befehl erteilt, das ganze Gebiet „von Partisanen zu säubern", um die Verteidigung und den Rückzug der Deutschen zu sichern.

Die Ereignisse

Am frühen Morgen des 29. September wurde das Gebiet von Einheiten der SS und der Wehrmacht umstellt. Sie erhielten Unterstützung von einzelnen ortsansässigen Faschisten, die, getarnt durch SS-Uniformen, den Deutschen Wege, Häuser und mögliche Verstecke zeigen sollten. Die Einheiten ermordeten in den folgenden Tagen 770 Zivilpersonen, darunter 213 Kinder unter 13 Jahren, auf brutale und sadistische Weise.

Kampfhandlungen gegen PartisanInnen fanden nur wenige statt. Bei Scope kam es zu einem ersten kurzen Gefecht. Doch den PartisanInnen gelang es, sich auf den Monte Sole zurückzuziehen. In Ca di Derino hielten sich ca. 30 PartisanInnen auf und ca. 20 im benachbarten Cadotto, dort befand sich der Kommandostand. Hier wurden in den folgenden Gefechten die meisten PartisanInnen getötet, darunter auch ihr Kommmandant „Lupo". Den Überlebenden gelang es, sich im Wald zu verstecken und – vermutlich in einer Kampfpause – der Einkesselung durch die Deutschen zu entkommen.

Überlebende berichten

Zum Zeitpunkt des Massakers lebten nicht nur Einheimische auf dem Berg, sondern auch Flüchtlinge aus Bologna, die in den Bergen Schutz vor Bombardements gesucht hatten. Andere waren von den Deutschen aus der Toscana hierher verschleppt worden. Nur durch glückliche Zufälle gelang es einigen wenigen, dem Massaker zu entkommen,

Anerkennung von Kesselring

„Bandenaktion beendet, mit Vernichtung der Bande Roter Stern." Dafür gab es eine Anerkennung vom Leiter der Heeresgruppe C und Oberbefehlshaber Süd/Südost Generalfeldmarschall Albert Kesselring. Doch nur zwei Tage später klagten die Deutschen wieder über eine Zunahme der „Bandentätigkeit". Lediglich die logistische Struktur der „Stella Rossa" war zerstört worden. Lutz Klinkhammer zieht den erschreckenden Schluss: Da den durchführenden Einheiten schnell klar gewesen sein dürfte, dass sie die „Stella Rossa" nicht vernichten konnten, sei die Tötung der ZivilistInnen grausames Kalkül gewesen. Man habe eine möglichst große Zahl von Opfern gebraucht, um eine erfolgreiche Aktion melden zu können.
1989 wurde das betroffene Gebiet zum „Parco Storico di Monte Sole", zum historischen Park von Monte Sole erklärt.

Prozessverschleppung und Anklageunterdrückung

Zwei Kommandeure der für die Morde verantwortlichen SS-Division wurden verurteilt. Der Leiter der Strafaktion, SS-Sturmbannführer Walter Reder, wurde 1951 in Bologna zu lebenslanger Haft verurteilt, im Januar 1985 begnadigt und starb 1991 in Wien. SS-Gruppenführer Max Simon war in Padua zum Tode verurteilt und wurde bereits 1954 begnadigt. Im Januar 2007 wurden zehn SS-Mitglieder nach dem Fund des „Schranks der Schande" – Paul Albers (88), Josef Baumann (82), Hubert Bichler (87), Max Roithmeier (85), Max Schneider (81), Heinz Fritz Traeger (84), Georg Wache (86), Helmut Wulf (84), Adolf Schneider (87) und Kurt Spieler (81) von einem Militärgericht in La Spezia in Abwesenheit zu lebenslangen Haftstrafen sowie Entschädigungszahlungen in Höhe von 100 Millionen Euro verurteilt, sieben weitere Angeklagte wurden freigesprochen.

In Deutschland wurde bisher in keinem der Fälle Anklage erhoben. Auch die in Sant' Anna di Stazemma verübten Gräueltaten der Deutschen wurden strafrechtlich nicht weiter verfolgt, am 1.10.2012 wurden die Verfahren gegen acht noch lebende SS-Männer eingestellt mit der Begründung, man müsse die Möglichkeit in Betracht ziehen, dass der Einsatz dazu dienen sollte, arbeitsfähige Männer nach Deutschland zu verschleppen und die Erschießung der Zivilbevölkerung erst befohlen wurde, als dieses Ziel nicht erreicht werden konnte. Damit sei es aber nicht möglich, eine Mordanklage der mutmaßlichen Täter mit der „bloßen Teilnahme an dem Einsatz" zu begründen. Jedem einzelnen Angeklagten müsse vielmehr seine Beteiligung am Massaker individuell nachgewiesen werden. Die sei bei keinem der Verdächtigen gelungen.

Auch mit Fotos wird an die Ermordeten des Massakers gedacht. Foto: Bernhard Lehmann

In Stazemma wurden von den deutschen Truppen 560 Zivilisten, darunter 107 Kinder im Alter bis zu 14 Jahren und 29 Jugendliche im Alter zwischen 15 und 18 Jahre ermordet. Ganz ähnliche Verbrechen verübten Deutsche auch in Fivizzano, in den Ardeatinischen Höhlen bei Rom, sowie an weiteren 21 Ortschaften in der Grenzregion zwischen der Emillia Romagna und der Toskana, z.B. in Valluciole, Monchio, Susano, Costringano, Grizzana Morandi, Cervarolo und Civago, Mommio und Sassalbo.

Der derzeitige Stand der gerichtlichen Auseinandersetzung

Während ehemalige Wehrmachtsangehörige Pension für ihr Lebenswirken gezahlt bekommen, gehen die Opfer ihrer Taten leer aus. Von September 2011 bis Februar 2012 verhandelte der Internationale Gerichtshof in Den Haag (IGH) über eine Klage Deutschlands auf „Immunität" gegen Entschädigungsforderungen von NS-Opfern. Anlass waren Urteile der höchsten Gerichte Griechenlands und Italiens, laut denen der Rechtsnachfolger des NS-Staates Entschädigungen für NS-Kriegsverbrechen zahlen muss. Andernfalls drohe die Pfändung deutschen Regierungsbesitzes, wie z.B. des deutsch-italienischen Zentrums Villa Vigoni oder des Goethe-Institutes. Der IGH urteilte letzten Endes zugunsten Deutschlands, mit der Begründung, italienische Gerichte hätten die deutsche Staatenimmunität nicht anerkannt. Deutschland muss keine Zahlungen in Millionenhöhe leisten und die Opfer gehen leer aus. Außenminister Westerwelle begrüßte das Urteil, fügte aber hinzu: „In Deutschland wissen wir um unsere Verantwortung für unsere Geschichte". Wie diese „Verantwortung" aber aussieht, ist bis zum heutigen Tage offen.

Das Taubensymbol von Picasso, an dem er seit 1937 arbeitete, findet sich auch an der internationalen Schule auf dem Monte Sole in Marzabotto. Foto: Bernhard Lehmann

Dr. Bernhard Lehmann ist Sprecher der RAG Augsburg-Schwaben.

Literatur: Lutz Klinkhammer, Widerstand und Partisanenkrieg in Italien, 1943-1945, in: Bernd Heidenreich, Marzia Gigli, Sönke Neitzel (Hrsg.), Besatzung, Widerstand und Erinnerung in Italien, 1943-1945, Wiesbaden 2010, S. 49-60

KANN UND SOLL MAN DIE NPD VERBIETEN?

30 THESEN ZU JURISTISCHEN UND POLITISCHEN ASPEKTEN

Armin Pfahl-Traughber

Angesichts ihrer verfassungsfeindlichen Grundpositionen fordern viele Demokraten ein Verbot der NPD: Welche Argumente sprechen dafür? Welche Argumente sprechen dagegen? Und: Wie steht es um die juristische Dimension des Problems? Dazu positionieren sich die folgenden 30 Thesen:

1. Nach dramatischen Ereignissen mit rechtsextremistischen Bezügen bricht mit einer gewissen Regelmäßigkeit eine Debatte über ein NPD-Verbot aus, wobei die anlassgebenden Vorkommnisse nicht notwendigerweise direkt etwas mit der Partei zu tun haben müssen.

2. Gleichwohl verdient unabhängig von dieser Erkenntnis die Frage „Kann und soll man die NPD verbieten?“ inhaltliche Aufmerksamkeit, handelt es sich doch um eine eindeutig rechtsextremistische Partei mit demokratie- und menschenfeindlicher Ausrichtung.

3. Eine Debatte in diesem inhaltlichen Kontext sollte um der Differenzierung willen aber die Frage einerseits nach der juristischen Möglichkeit und andererseits nach der politischen Notwendigkeit getrennt voneinander betrachten und erörtern.

4. Für den letztgenannten Bereich gibt es einleuchtende und tragfähige Sachargumente für wie gegen ein Verbot, was demnach eine abwägende und differenzierende Begründung bei der Ausformulierung eines entsprechenden Votums notwendig macht.

ARGUMENTE FÜR EIN VERBOT DER NPD

5. Die NPD artikuliert ihren aggressiven Rechtsextremismus durch die Forderung nach einer Ablösung des demokratischen Systems und die Hetze gegen Angehörige verschiedener Minderheiten, womit die Grenze der Toleranz auch in einer Demokratie überschritten ist.

6. Da die Partei in den letzten Jahren im Sinne eines „Staubsauger“-Effekts die Neonazi-Szene angezogen und die DVU integriert hat, würde das Verbot der NPD zu einer Schwächung des gesamten rechtsextremistischen Lagers führen.

7. Es käme durch einen solchen Schritt sowohl zur Auflösung der aktuell bedeutsamsten Wahlpartei, zur Verhinderung einschlägiger öffentlicher Propaganda sowie zur Zerschlagung wichtiger sonstiger Organisationsstrukturen im Rechtsextremismus.

8. Zwar sieht die NPD in der Gewaltanwendung selbst nicht ihren primären Handlungsstil, die von ihr ausgehende fanatische Agitation befördert aber in deren politischem Umfeld von der Neonazi- bis zur Skinhead-Szene einschlägige Neigungen und Potentiale.

9. Die Beschlagnahmung des Besitzes und die Zerschlagung der Strukturen der NPD nach einem Verbot würde Rechtsextremisten eine bedeutende organisatorische Basis zur Propagierung ihrer demokratie- und fremdenfeindlichen Auffassungen nehmen.

10. Das Bestehen der NPD als legaler Partei führt nach entsprechenden Voten bei Wahlen zu Ansprüchen auf die Parteifinanzierung, womit aktuell die materielle Absicherung der Feinde des demokratischen Staates durch die Gelder des demokratischen Staates erfolgt.

11. Mit einem Verbot würde innerhalb und außerhalb Deutschlands ein wichtiges politisches Signal ausgesandt, wonach man als Lehre aus der deutschen Geschichte die Fortexistenz von Parteien mit einer zumindest pro-nationalsozialistischen Ausrichtung nicht duldet.

ARGUMENTE GEGEN EIN VERBOT DER NPD

12. Auch Rechtsextremisten sind Träger von Grundrechten wie dem der Meinungs- und Organisationsfreiheit, wodurch die Forderung nach einem Parteiverbot in einem objektiven Spannungsverhältnis zu demokratischen Prinzipien steht.

13. Gleichwohl können solche Maßnahmen um des Schutzes einer liberalen Demokratie willen angemessen sein, wobei der NPD aber aktuell die dafür nötigen politischen Machtpotentiale zur realen Gefährdung der republikanischen Staatsordnung fehlen.

14. Die Forderung nach einem Parteiverbot muss die angemessene und wirkungsvolle Antwort auf ein reales Problem sein, was weder bezogen allgemein auf rechtsextremistische Gewalttaten noch hinsichtlich des NSU-Rechtsterrorismus der Fall ist.

15. Verbote von rechtsextremistischen Organisationen bedingen keineswegs notwendigerweise eine Schwächung dieses Lagers, stieg doch die Anzahl der Neonazis trotz über 30 Verboten einschlägiger Gruppen seit den 1990er Jahren auf mehr als das dreifache an.

16. Ein Parteiverbot behindert allenfalls zeitweise die Entwicklung rechtsextremistischer Organisationen, dürfte sich doch die Mehrheit der Anhänger der NPD nach einem solchen Schritt längerfristig wieder in anderen legalen oder illegalen Kontexten betätigen.

17. Für die Sicherheitsbehörden stellt der letztgenannte Gesichtspunkt ein besonderes Problem dar, lassen sich doch öffentlich agierende rechtsextremistische Bestrebungen besser beobachten als konspirativ operierende Gruppen.

18. Da in und um die NPD auch ein gewaltbereiter Teil von Rechtsextremisten aktiv ist, besteht objektiv die Gefahr der Radikalisierung in Richtung einer forcierten Gewaltanwendung als dominierender Handlungsoption von einschlägigen Aktivisten.

DIE JURISTISCHE DIMENSION DER VERBOTSFRAGE

19. Das Grundgesetz ermöglicht das Verbot von Parteien, sofern sie „nach ihren Zielen" die Beseitigung der „freiheitlichen demokratischen Grundordnung" anstreben, was angesichts einschlägiger Bekundungen hochrangiger NPD-Funktionsträger für diese Partei der Fall ist.

20. Bezogen auf die „freiheitliche demokratische Grundordnung" präsentierte das Bundesverfassungsgericht im SRP-Urteil 1952 einen Merkmalskatalog, hinsichtlich des Verständnisses von „aggressiv kämpferisch" mangelt es indessen an einer klaren Definition.

21. Nach dem KPD-Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1956 spielt für ein Verbot die „Aussicht" auf eine absehbare Umsetzung von verfassungswidrigen Zielen keine Rolle, was aber für den Europäischen Gerichtshof der Menschenrechte sehr wohl der Fall ist.

22. Die dort aufgestellten Kriterien gehen bezogen auf eine zu verbietende Partei von einem „realen Potential" zur Erlangung der Macht und von einer „dringenden gesellschaftlichen Notwendigkeit" aus, was bezogen auf die NPD in Deutschland nicht der Fall ist.

23. Dieser rechtsextremistischen Partei gehörten Ende 2011 lediglich 6.300 Mitglieder mit sinkender Tendenz an, sie sitzt nur in zwei Landtagen und verbucht bei Bundestagswahlen kontinuierlich Ergebnisse von weit unter fünf Prozent der Stimmen.

24. So ist zwar das Kriterium „verfassungswidrig" des Bundesverfassungsgerichts, aber nicht das Kriterium „reales Potential" des Europäischen Gerichtshofs erfüllt, was ein Erfolg des Verbotsverfahrens im erstgenannten und ein Scheitern im letztgenannten Fall erwarten lässt.

25. Die „V-Mann-Problematik", die beim ersten NPD-Verbotsverfahren zu einem Scheitern durch Nicht-Fortsetzung führte, scheint durch die Abschaltung der Informanten der Verfassungsschutzbehörden kein Problem mehr zu sein.

GEWICHTUNG DER ARGUMENTE IN DER GESAMTSCHAU

26. Ein Abwägen der Argumente für und gegen ein NPD-Verbot führt hier zu einer ablehnenden Auffassung, würde das „scharfe Schwert" eines solchen Schrittes doch gegenüber einer gesamtgesellschaftlich kaum bedeutsamen politischen Kraft eingesetzt.

27. Die Anhänger und Protagonisten eines Parteiverbots können bislang die Frage „Für welches Problem soll das NPD-Verbot die Lösung sein?" nicht beantworten, gibt es doch für die Deutung der Partei als primärem Bedingungsfaktor für Gewalt keine Belege.

28. So besteht die Gefahr lediglich symbolischer Politik, womit ein NPD-Verbot objektiv als Ausdruck der Ablenkung von anderen Problemfeldern des Rechtsextremismus und als Mittel der Selbstdarstellung von Handlungsfähigkeit wirken könnte.

29. Die Fixierung auf einen repressiven Akt gegen eine Partei des Rechtsextremismus ignoriert denn auch die gesellschaftliche Dimension des Rechtsextremismus, kann man doch entsprechende Einstellungen als deren sozialem Resonanzboden nicht verbieten.

30. Da sich rechtsextremistische Mentalitäten auch nach einem NPD-Verbot weiterhin in anderen Kontexten finden werden, sollte eine Strategie gegen Rechtsextremismus primär in einer aufklärerischen Dimension für Demokratie und gegen Extremismus bestehen.

Prof. Dr. Armin Pfahl-Traughber, Politikwissenschaftler und Soziologe, ist hauptamtlich Lehrender an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Brühl und ebendort Herausgeber des „Jahrbuchs für Extremismus- und Terrorismusforschung" (JET).

Der momentane Dienstsitz des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe. Ob das oberste deutsche Gericht bis zu seinem Umzug 2014 in sein Stammgebäude, das zur Zeit renoviert wird, über das NPD-Verbot entscheiden muss, ist derzeit noch unklar. Foto:wikipedia/Matthias Cantow

THEMA

Wehrhafte Demokratie? – Die amerikanische Antwort auf den Rechtsextremismus

Die Freiheit gilt in Amerika auch für Rechtsextremisten, solange sie nicht gewalttätig werden. Aber anstelle staatlicher Organisationen übernehmen es zivilgesellschaftliche Träger wie die Anti-Defamation League (ADL) oder das Southern Poverty Law Center (SPLC) die Aufklärung über den Rechtsextremismus. Foto: Ruth Wunnicke

Gereon Flümann

Wenn in Deutschland über Möglichkeiten der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus debattiert wird, spielt der Staat eine wesentliche Rolle. Das Grundgesetz und die einfache Gesetzeslage geben ihm dazu reichlich Gelegenheit: Seit der Ablehnung des letzten Verbotsantrages gegen die NPD durch das Bundesverfassungsgericht im Jahr 2003 wird nahezu ununterbrochen über einen neuen Verbotsanlauf diskutiert. Die Innenminister des Bundes und der Länder verbieten regelmäßig rechtsextremistische Vereine und Kameradschaften. Es wird versucht, Demonstrationen im Vorfeld zu untersagen. Aktive rechtsextremistische Betätigung ist unvereinbar mit einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst. Propaganda und Symbole verbotener Organisationen und aus der Zeit des Nationalsozialismus dürfen nicht hergestellt oder öffentlich gezeigt werden. Zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rechtsextremismus werden mit staatlichen Geldern unterstützt und der staatliche Verfassungsschutz überwacht rechtsextremistische Aktivitäten. Dieses Vorgehen im Rahmen der wehrhaften oder streitbaren Demokratie lässt sich historisch, aber auch demokratietheoretisch durchaus legitimieren. Demokratien können ihren erklärten Gegnern Grenzen setzen, auch wenn sie keine Gewalt zur Erreichung ihrer Ziele einsetzen.

Das wird jedoch nicht überall so gesehen. Ein fundamental anderer Ansatz bestimmt den Umgang mit politischem Extremismus in den Vereinigten Staaten von Amerika. Der erste Zusatzartikel der Verfassung verbietet es dem amerikanischen Kongress, Gesetze zu erlassen, die die Meinungsfreiheit beschränken. Und rechtsextremistische Ideologien fallen – wie im Übrigen auch alle anderen extremistischen Ideologien – nach amerikanischer Auffassung zweifellos in den Schutzbereich der Meinungsfreiheit. Instrumente der streitbaren Demokratie scheinen in den Vereinigten Staaten undenkbar, werden von der Öffentlichkeit und Wissenschaft meist sogar vehement als „undemokratisch“ oder schlicht „unamerikanisch“ abgelehnt. Offiziell findet die Meinungsfreiheit ihre Grenzen erst in der unmittelbaren Anstiftung zu Gewalttaten. Man vertraut – im Rückgriff auf die lange demokratische Tradition – auf die Selbstheilungskräfte des „freien Marktplatzes der Ideen“: Extremisten dürfen Vereine und Parteien gründen, demonstrieren, jegliche Symbolik verwenden, zur Abschaffung der Demokratie aufrufen, rassistische Irrlehren verbreiten oder die vermeintlichen Vorzüge eines totalitären Regierungssystems preisen, ohne dass sie staatliche Eingriffe befürchten müssen. Vorausgesetzt natürlich, die politischen Aktivitäten bleiben friedlich. Bei Überschreitung der Gewaltschwelle kennen auch die amerikanischen Behörden kein Pardon.

Der organisierte amerikanische Rechtsextremismus kämpft heute relativ erfolglos gegen die eigene politische Bedeutungslosigkeit. Er ist zersplittert in zahlreiche lokale Ableger des Ku Klux Klans, Organisationen, die der Rassentrennung in den Südstaaten vor dem Bürgerkrieg nachtrauern, einzelne Parteien und offen neonationalsozialistische Gruppierungen. Die Aussichten auf politische Einflussnahme sind gering. Nicht zu unterschätzen ist allerdings das hohe Gewaltpotential amerikanischer Rechtsextremisten. Dies zeigte sich am verheerendsten beim Anschlag auf ein Bundesgebäude in Oklahoma City mit 168 Todesopfern im Jahr 1995. Der Täter hatte nur losen Kontakt zu extremistischen Gruppierungen und sich weitgehend selbst radikalisiert. Erst im Sommer 2012 tötete ein Mitglied einer amerikanischen Neonazi-Rockband sechs Personen in einem Sikh-Tempel in Wisconsin. Zwar ist die Zahl der amerikanischen Rechtsextremisten eher gering. Sie sind jedoch außergewöhnlich radikal und gewaltaffin.

Dass der Staat rechtsextremistische Betätigung unterhalb der Gewaltschwelle nicht verfolgt, bedeutet nicht, dass Rechtsextremisten breite Akzeptanz fänden. Auch in den Vereinigten Staaten stoßen rechtsextremistische Ideologien der Ungleichheit und rassistische Argumentationsmuster nicht zuletzt aufgrund der regelmäßigen Gewalttaten auf breite Ablehnung. Da die rigide verfassungsrechtliche Situation für den Ausfall des Staates beim Engagement gegen Rechtsextremismus sorgt, wird diese Lücke durch zivilgesellschaftliche Organisationen geschlossen. Der in Deutschland vom Verfassungsschutz übernommenen Aufgabe, über rechtsextremistische Bestrebungen aufzuklären, haben sich in den USA vor allem zwei einflussreiche Organisationen verschrieben: die jüdische Anti-Defamation League (ADL) mit Sitz in New York City und das Southern Poverty Law Center (SPLC) in Alabama. Die beiden Bürgerrechtsorganisationen unterhalten ein weites Recherchenetzwerk in den Vereinigten Staaten, werten Presseberichte aus und erstellen Dossiers über die aktuelle Lage des Rechtsextremismus in den Vereinigten Staaten. Ein weiterer Schwerpunkt ist die parlamentarische Lobbyarbeit für strengere Verfolgung und Bestrafung von rassistisch motivierten Verbrechen. Wenn die großen US-Zeitungen wie die New York Times, USA Today oder die Washington Post in der Folge rechtsextremistisch beeinflusster Straftaten über die Ereignisse berichten, stützen sie sich stets auf die Erkenntnisse von ADL und SPLC. Die beiden Organisationen sind anerkannte Informationsquellen zu allen Geschehnissen rund um die amerikanische rechtsextremistischen Szene. Das SPLC hat sich außerdem seit den 1980er Jahren mit spektakulären Zivilprozessen gegen rechtsextremistische Vereinigungen einen Namen gemacht. Im Auftrag der Familien von Opfern rechtsextremistischer Gewalt hat das SPLC schon zahlreiche antidemokratische Gruppierungen auf Schadenersatzzahlungen in beträchtlicher Höhe verklagt – und das mit Erfolg. Die Urteile folgen der Logik, dass die rechtsextremistischen Vereine zwar nicht selbst gewalttätig agiert haben, ihre hasserfüllte Rhetorik die Täter jedoch angestachelt habe. Die immensen Schadenersatzforderungen zerschlugen die Gruppen nahezu ebenso wirksam wie ein staatliches Organisationsverbot.

Kritik an der Arbeitsweise der beiden Organisationen bleibt freilich nicht aus. Von ihr ist meist das SPLC betroffen, das selbst eher im linken demokratischen Spektrum angesiedelt werden kann. Ihm wurde vorgeworfen, nicht genug der reichlich eingeworbenen Spendengelder auszugeben. Außerdem fühlen sich auch Vereinigungen im Grenzbereich zwischen Demokratie und Extremismus durch die Aufklärungsarbeit des SPLC verfolgt. Libertäre Gruppen werfen dem SPLC vor, mit seinen Zivilprozessen die Meinungsfreiheit zu untergraben. Sowohl dem SPLC als auch der ADL ist vorzuhalten, dass sie wenig Transparenz bei den Bewertungskriterien für die Einordnung einer Gruppierung als extremistisch an den Tag legen. Außerdem misst das SPLC die Stärke des Rechtsextremismus in den USA anhand der Zahl der von ihr registrierten „Hate Groups“. Aus der Aufspaltung einer Organisation in zwei rivalisierende Gruppen wird so statt einer tatsächlich wohl anzunehmenden Schwächung der Szene, eine Stärkung des Rechtsextremismus herausgelesen. Auch die Größe der Gruppe wird kaum berücksichtigt, so dass lokale extremistische „Zwei-Mann-Betriebe“ und große, national vernetzte Gruppen gleich gewichtet werden. So bleibt bei der Betrachtung der großen zivilgesellschaftlichen Akteure gegen Rechtsextremismus in den USA eine gewisse Ambivalenz. Einerseits fasziniert das Vertrauen in die selbstreinigenden Kräfte der Demokratie und der selbstbewusste Verzicht auf den Staat bei der Eindämmung extremistischer Kräfte. Andererseits herrscht eine gewisse Unklarheit über die tatsächliche Größe und Bedeutung rechtsextremistischer Strukturen in den Vereinigten Staaten. Ein ähnliches zivilgesellschaftliches Engagement gegenüber anderen extremistischer Gruppierungen findet überdies kaum statt. Die weite Auslegung der Meinungsfreiheit sorgt zudem dafür, dass die betroffenen Teile der Bevölkerung den rechtsextremistischen Hasstiraden relativ schutzlos ausgeliefert sind.

Der amerikanische Ansatz lässt sich nicht spiegelbildlich auf Deutschland übertragen. Dies scheint angesichts der deutschen Geschichte auch nicht angebracht. Das amerikanische Mehrheitswahlrecht, das seit über 150 Jahren neben Demokraten und Republikanern keine langfristig erfolgreichen dritten Parteien mehr zuließ, errichtet zudem bereits hohe Hürden für rechtsextremistischen Einflussgewinn. Anders als Deutschland, haben die Vereinigten Staaten keine totalitäre Vergangenheit und sind als Staatswesen bereits auf dem Fundament demokratischer Ideen gegründet worden. Dennoch bietet das amerikanische Beispiel einen lohnenden Blick über den eigenen Tellerrand und liefert zumindest Anknüpfungspunkte für eine Reflexion und Neubewertung des Modells der streitbaren Demokratie in Deutschland.

Gereon Flümann hat in Bonn und Stockholm Politische Wissenschaft, Neuere Geschichte und Staatsrecht studiert. Seine vergleichende Studie über den staatlichen Umgang mit politischem Extremismus in den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland wird in Kürze an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn als Dissertation eingereicht.

THEMA

„GEGEN DAS VERGESSEN“ AUCH AUF DEM FLACHEN LAND IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

Berndt Steincke

Die Heider Stiftung gegen Extremismus und Gewalt zeigte in Kooperation mit der Fachhochschule Westküste die Berliner Ausstellung „Im Namen des Volkes“ über das DDR-Justizsystem. Die Besonderheit lag wie bei allen Projekten der Heider Stiftung darin, dass Schülerinnen und Schüler verschiedener Schulen sich während des Unterrichts mehrere Wochen intensiv mit diesem Thema beschäftigten, selbst aktiv wurden und eine eigene Ausstellung anfertigten, um diesen geschichtlichen Teil Deutschlands nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Auslöser für diese Ausstellungs-Initiative war für den Vorsitzenden Berndt Steincke eine Studie der Freien Universität Berlin von 2008, wonach nur jeder dritte Schüler weiß, dass die DDR die Mauer gebaut hat, ein Drittel meinte, dass Adenauer und Brandt DDR-Politiker waren, viele meinten, dass die Umwelt in der DDR sauberer gewesen sei, von der Todesstrafe in der DDR wussten nur 27 % und 48% sahen die DDR nicht als Diktatur und Honecker als demokratisch legitimiert an. Auch gegen eine allgemein zunehmende Verklärung der Geschichte über diesen totalitären Staat begannen die beteiligten Schulen in Heide mit eigenen Recherchen und überraschten die Ausstellungsbesucher mit eindrucksvollen Plakaten, Berichten, Modellen und Exponaten. Gefreut haben wir uns auch über das Grußwort von Dr. Joachim Gauck, dem damaligen Vorsitzenden von Gegen Vergessen – Für Demokratie und heutigen Bundespräsidenten.

Schülerinnen und Schüler beim Aufbau der Ausstellung „Im Namen des Volkes“.
Foto: Berndt Steincke

Begleitend zu der fast dreimonatigen Ausstellung fanden vier Veranstaltungen statt:

Eröffnungsveranstaltung am 15. November 2011 mit einem Vortrag des Historikers Dr. Klaus Bästlein in der FHW (Fachhochschule Westküste in Heide)

Diskussionsveranstaltung mit Herrn Rudi Beckert (ehem. Oberrichter der DDR) am 11. Januar 2012 in der FHW

Schulveranstaltung des Heider Werner-Heisenberg-Gymnasiums am 23. November 2011 mit Gudrun Krauss (BStU) und Zeitzeugin Uta Franke

Vortrags- und Diskussionsveranstaltung am 26.1.2012 mit Frau Dr. Sandra Pingel-Schliemann über Zersetzungsmethoden des sog. Staatssicherheitsdienstes der DDR in der FHW.

Verschiedene Lokalzeitungen, der Norddeutsche Rundfunk und der Offene Kanal Westküste berichteten über die Veranstaltungen.

Die Heider Stiftung arbeitet ehrenamtlich und hat in den letzten Jahren u.a. folgende Projekte mit Schülerbeteiligungen und Schülerbesuchen (über 20.000) realisiert:

- Ausstellung „Vor aller Augen“ im Schulzentrum Heide-Ost mit vorbereitendem Unterricht
- Ausstellung „Verfolgung und Ermordung europäischer Juden“ im Berrufsbildungszentrum Heide mit vorbereitendem Unterricht
- Neugestaltung des NS-Gedenkraumes im Werner-Heisenberg-Gymnasium mit Schüler-Projektgruppen
- Diskussionsveranstaltung „Toleranz in Islam und Christentum“ (Dialog im Heider Bürgerhaus mit der evangelischen Kirche und der Islamgesellschaft)
- Kriegsgräberprojekt Heide über Neugestaltung der Friedhofsanlage verstorbener Zwangsarbeiter des 2. Weltkrieges mit Freiluftgottesdienst auf dem Heider Südfriedhof gemeinsam mit der evangelischen Kirche

Neugestaltung des russischen Friedhofs in Heide, mit Geschichts- und Namentafeln über neu ermittelte Namen dort verscharrter Zwangsarbeiter – Ausstellung „Gegen Diktatur/Demokratischer Widerstand in Deutschland 1933-45 und 1945-1989 (DDR) im Amtsgebäude Heide-Land

Ausstellungen „Justiz im Nationalsozialismus” im Meldorfer Amtsgericht, im Landgericht Kiel, Landgericht Flensburg, Landgericht Lübeck, Landgericht Itzehoe und im Oberlandesgericht Schleswig (auch hier in jeder Stadt mit neuen Schulklassenbeteiligungen und örtlichen Recherchen). Jedes Jahr wird am 9. November von der Stiftung das Putzen der sieben Stolpersteine in der Stadt Heide mit Beteiligung von Vereinen, Verbänden, Kirche und Politik und mit Begleitung der Presse organisiert. Es soll allen Menschen zeigen, dass Unrecht nicht vergessen werden darf, damit sich so etwas nicht wiederholt. Über verschiedene Projekte mit den Schülerarbeiten wurden Broschüren/Bücher erstellt. Einige können als PDF-Dateien von der Homepage der Stiftung „www.stiftung-geug-heide.de“ kostenlos heruntergeladen werden.

Zur Zeit wird an einem neuen Buch über die Schülerbeteiligungen an der Ausstellungsreihe über die DDR-Justiz gearbeitet. 2012 wurde auf Initiative der Stiftung die nach dem NS-Sportfunktionär benannte Carl-Diem-Halle in Helmut-Lanzke-Halle (ein verdienter Heider Sportlehrer) umbenannt.

Weitere Projekte sind in Arbeit

Die Internetseite der Heider Stiftung gegen Gewalt und Extremismus

Berndt Steincke ist Vorsitzender der Stiftung gegen Extremismus und Gewalt in Heide und Umgebung.

Mitgliederversammlung 2012

Tagte im Barocksaal der Thüringer Staatskanzlei: die Mitgliederversammlung von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Die Mitgliederversammlung von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. tagte am 24. November 2012 auf herzliche Einladung der Ministerpräsidentin des Freistaats Thüringen, Christine Lieberknecht, im Barocksaal der Thüringer Staatskanzlei in Erfurt. Beim Empfang im Anschluss an die Mitgliederversammlung begrüßte Frau Lieberknecht die Mitglieder der Vereinigung persönlich und machte ihre tiefe Verbundenheit mit den Zielen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. deutlich. Vorstand und Beirat der Vereinigung hatten bereits am Vorabend auf Einladung der Siemens AG im Generatorenwerk Erfurt getagt und an einer Werksführung teilgenommen. Am Samstagvormittag trafen sich die Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppen in der BStU-Außenstelle Erfurt, um sich über die Arbeit in den Regionalen Arbeitsgruppen auszutauschen und über Schwerpunkte des Engagements der einzelnen Gruppen im Jahr 2013 zu sprechen. Parallel zur Sitzung der Regionalen Arbeitsgruppen bestand für bereits angereiste Mitglieder der Vereinigung die Möglichkeit, an einer Stadtführung durch die Erfurter Innenstadt teilzunehmen oder den Erinnerungsort Topf & Söhne zu besichtigen.

Schwerpunkt der am Samstagnachmittag tagenden Mitgliederversammlung waren die Wahl des Vorsitzenden und des Vorstands. Wolfgang Tiefensee wurde in geheimer Wahl einstimmig für zwei Jahre zum Vorsitzenden der Vereinigung gewählt. Tiefensee hat den Verein auf Beschluss des Vorstandes schon seit Juni geführt, nachdem sein Vorgänger Dr. h. c. Joachim Gauck mit der Wahl zum Bundespräsidenten sein Amt niedergelegt hatte.

Tiefensee, ehemaliger Bundesverkehrsminister und derzeitiger wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, rief in seiner Rede vor den Mitgliedern dazu auf, stetig für eine Gesellschaft in Vielfalt einzutreten. Tiefensee: „Das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher sozialer, religiöser und ethnischer Herkunft mit ihren verschiedenen Lebensstilen muss gestaltet, Konflikte dürfen nicht ausgeblendet werden."

Auf der anderen Seite müsse Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus aus dem speziellen Blickwinkel deutscher Geschichte heraus begegnet werden. Tiefensee: „Für uns ist es eine Aufgabe, den Wert einer offenen, demokratischen Gesellschaft immer wieder zu verdeutlichen. Und auch klar zu sagen: Menschenfeindliche Einstellungen in der Bevölkerung sind eine latente Gefahr für diese Demokratie."

Für die Erinnerungskultur an den Nationalsozialismus sprach sich Tiefensee dafür aus, offen für neue Ideen zu sein, und zum Beispiel Freunde von Smartphones und Apps nicht auszuschließen. Tiefensee: „Die Beschäftigung mit der Vergangenheit sollte immer wieder neue Formen finden und ausprobieren. Erinnern und Gedenken darf nicht zur leeren Floskel werden."

Die Ministerpräsidentin des Freistaates Thüringen, Christine Lieberknecht, begrüßt die Mitglieder beim Empfang im Anschluss an die Mitgliederversammlung.

In der Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur wies Wolfgang Tiefensee darauf hin, dass viele Menschen in der DDR in einer Grauzone und mit persönlichen Dilemmata gelebt hätten. Diese Biografien müssten für ein Geschichtsbild in Zukunft berücksichtigt werden.

In Ihrem Amt bestätigt wurden auch die stellvertretenden Vorsitzenden Cornelia Schmalz-Jacobsen, Eberhard Diepgen und Prof. Dr. Bernd Faulenbach. Für die Wahl des Vorstands standen Dr. Jürgen Burckhardt, Staatssekretär a.D., Ralf Fücks, ehemaliges Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Friedrich-Ebert-Stiftung, Vorsitzender der Heinrich-Böll-Stiftung, Karl-Heinz Lindner, Oberst a.D., Wolfgang von Malsen-Tilborch, ehemaliger Abteilungsdirektor der Kreditanstalt für Wiederaufbau und Renate Schmidt, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend a.D, nicht mehr zur Wahl. Alle übrigen Vorstandsmitglieder wurden in ihrem Amt bestätigt. Neu in den Vorstand gewählt wurden die Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion, Iris Gleicke, MdB, Reinhard Grindel, MdB, Christoph Heubner, Geschäftsführender Vizepräsident des Internationalen Auschwitz Komitees (IAK), Birgit Kipfer, Ko-Sprecherin der Regionalen Arbeitsgruppe Baden-Württemberg und Vorstandsvorsitzende der Stiftung „Lernort Demokratie – Das DDR-Museum Pforzheim", Markus Löning, Beauftragter der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe, Arnold Vaatz, MdB, und Prof. Dr. Gert Weisskirchen, MdB a.D.

Inhaltlich beschäftigte sich die Mitgliederversammlung auch mit der Frage, wie man dem Rechtsextremismus entschieden entgegentreten kann und verabschiedete dazu eine Erklärung. Außerdem verständigte sich die Mitgliederversammlung auf eine weitere intensive Beschäftigung mit dem Themenfeld Demokratie und Bürgerbeteiligung.

Den Wortlaut des Positionspapieres zu Demokratie und Bürgerbeteiligung finden Sie unter:
http://www.gegen-vergessen.de/initiativen/buergerbeteiligung.html

Einstimmig zum Vorsitzenden gewählt: Wolfgang Tiefensee. Fotos: Conny Baeyer

Erfurter Erklärung

Die Mitgliederversammlung von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. hat in ihrer Erfurter Erklärung am 24. November 2012 dauerhafte Strukturen gegen Rechtsextremismus gefordert. Unter dem Titel „Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus ist eine gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe“ wird unter anderem eine langfristige Förderung von erfolgreichen Organisationen gegen Rechtsextremismus und eine stärkere Anerkennung und Unterstützung von Einzelpersonen, Gruppen und Netzwerken angemahnt, die sich seit Jahren mit dem Rechtsextremismus „vor ihrer Haustür“ auseinandersetzen. Lesen Sie die Erfurter Erklärung im Wortlaut:

Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus ist eine gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe

Mindestens 149 Menschen haben nach Recherchen der „ZEIT“ und des „Tagesspiegel“ von 1990 bis heute ihr Leben durch rechtsextremistische Angriffe verloren. Täter waren zumeist gewalttätige Gruppen junger Männer. Derzeit stehen die Opfer der Thüringer Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ im Mittelpunkt. Die Dimension dieser Taten ist ebenso erschreckend, wie die bereits heute offenkundigen Ermittlungspannen, Fehleinschätzungen und die unzureichende Koordination der zuständigen Sicherheitsbehörden empörend sind.

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. erinnert nachdrücklich daran, dass im gemeinsamen Entschließungsantrag aller im Deutschen Bundestag vertretenen Fraktionen am 22. November 2011 die Notwendigkeit betont wurde, „alle demokratischen Gruppen zu stärken, die sich gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus engagieren“. Diesen Worten müssen Taten folgen. Notwendig ist eine Verständigung auf dieses Ziel, unabhängig von Parteizugehörigkeit, Haushaltszwängen oder wahltaktischen Erwägungen. Staatliche wie zivilgesellschaftliche Akteure müssen in einen engeren vertrauensvollen, kontinuierlichen Dialog treten und sinnvolle Formen der stetigen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus fortführen und weiter entwickeln.

Es ist erforderlich, dass das vielfältige Engagement von aktiven Einzelpersonen, Gruppen und Netzwerken, die sich seit Jahren mit dem Rechtsextremismus „vor ihrer Haustür“ auseinandersetzen, eine stärkere Anerkennung und Unterstützung erfährt. Selbstverständlich sind diese bei ihrem Engagement auch durch die Sicherheitsorgane zu schützen. Diese Forderungen richten sich gleichermaßen an die Bürgerschaft wie an die staatlichen Institutionen in Bund, Ländern und Gemeinden.

Vordringliche Aufgabe des Staates ist es, die Sicherheit aller Bürger zu gewährleisten. Dies kann sich nicht allein auf die Abwehr von Gewalt und Extremismus mit polizeilichen oder sicherheitsdienstlichen Mitteln beschränken. Genauso wichtig ist es, langfristige und kontinuierliche Präventivmaßnahmen zu ergreifen. Eine grundlegende Aufgabe ist es, den Wert einer offenen, demokratischen Gesellschaft immer wieder zu verdeutlichen. Achtung der Menschenwürde und die Gleichheit aller Menschen sind zentrale Grundrechte und Grundpflichten in unserem Rechtstaat.

Um dies zu fördern, müssen neben den Gruppen der Zivilgesellschaft die politisch Verantwortlichen auf allen Ebenen die nötigen Grundlagen schaffen. Hierzu gehört eine aktive Gesellschafts- und Strukturpolitik, die dem politischen Extremismus keine Vorwände liefert. So ist es Aufgabe des Staates, die Chancengleichheit hinsichtlich des Zugangs zu Bildung, Ausbildung und Arbeit zu fördern und gleichwertige Entwicklungsmöglichkeiten in den unterschiedlichen Regionen Deutschlands anzustreben. Für die Festigung der demokratischen Gesellschaft kommt nicht zuletzt der politischen Bildung eine herausragende Bedeutung zu.

In der Thüringischen Staatskanzlei verabschiedete die Mitgliederversammlung von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. die Erfurter Erklärung. Foto: Conny Baeyer

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. fordert Bundesregierung und Bundestag auf, die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und jeglicher Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit als gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe anzuerkennen. Im Rahmen ausschließlich zeitlich begrenzter Projekte kann eine wirksame Arbeit auf diesem Feld nicht geschehen. Deshalb sollten künftig alle Organisationen, die mit ihrer Kompetenz und ihrer Erfahrung als Spezialisten in der Auseinandersetzung mit dem Extremismus anerkannt sind, mit langfristigen und damit auf Nachhaltigkeit angelegten Programmen beauftragt werden. Ihr in jahrelanger Arbeit erworbenes Expertenwissen gilt es zu nutzen.

Das Internet ist zu einem besorgniserregenden Kommunikations-, Mobilisierungs- und Rekrutierungsort des organisierten Rechtsextremismus geworden. Internet-Beobachtung, Implementierung geeigneter Gegenmaßnahmen, medienpädagogische Aufklärung und Online-Beratung sind Aufgaben, die sich zweckmäßig nur bundesweit organisieren lassen. Deshalb ist die Bundesregierung gefordert, die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus im Internet als besondere Aufgabe wahr zu nehmen. Auch die Länder müssen ihre Aufgaben im Rahmen ihres grundgesetzlichen Auftrages erfüllen.

Rechtsextremismus ist eine dauerhafte Herausforderung für unsere Demokratie. Eine wache Bürgergesellschaft hat dafür zu sorgen, dass sich Ideologien der Ungleichwertigkeit nicht ausbreiten können und nicht stärker werden. Die Politik hat die Bürgergesellschaft dabei zu unterstützen.

Preisverleihung in Erfurt:

Mensch sein – eine Frage der Betonung

Hip Hopper, Schauspieler, Historiker und Politiker trafen am 25. November im Erfurter Rathaus zusammen. Sie waren sich verblüffend einig in einem Punkt: Wo derzeit überall Unterschiede hervorgehoben werden, zwischen Christen und Muslimen, zwischen Biodeutschen und Deutschen mit Migrationshintergrund, zwischen Bankern und Hartz IV-Empfängern, da sollte doch einmal betont werden, dass Menschen untereinander mehr Gemeinsames als Trennendes finden können.

Anlass dazu bot die Preisverleihung von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. im neugotischen Festsaal des Rathauses in Erfurt. Denn die diesjährigen Preisträger, Prof. Dr. Wolfgang Benz (Preis Gegen Vergessen für Demokratie) und WorldCitizen e.V. (Waltraud-Netzer-Jugendpreis) treten jeweils in ihren Rahmen und auf ihre Weise dafür ein, Vorurteile abzubauen und Dialoge zu fördern.

Offen und herzlich fiel die Begrüßung durch den gastgebenden Erfurter Oberbürgermeister Andreas Bausewein und durch Peter Zimmermann, Staatssekretär und Regierungssprecher der Thüringischen Landesregierung, aus. Wolfgang Tiefensee, Vorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., sagte: „In Thüringen, und nicht nur in Thüringen, in Deutschland, und nicht nur in Deutschland, sondern europaweit ist es ein großes Problem, dass das Andersartige, das Fremde abgestoßen wird und dass die Vergangenheit verklärt wird und vieles so in Vergessenheit gerät. Oder dass man meint, Demokratie sei ein naturgegebenes Mittel. Das ist nicht so. Wir wissen, da muss man ständig dran arbeiten."

So wie es die ausgezeichneten Mitglieder von WorldCitizen tun. Sie gehen mit Workshops in Schulen und Jugendzentren, um Dialoge zu führen und Menschen dazu zu bringen, sich in andere hineinzuversetzen. Probleme des Zusammenlebens verschiedener Kulturen werden dabei ebenso thematisiert, wie Identitäten oder Unterschiede benannt. Ziel ist es aber, am Ende zueinander zu finden.

Als Laudator für die WorldCitizens hatte sich Fahri Yardim zur Verfügung gestellt. Der Schauspieler, der demnächst als neuer Tatort-Kommissar in Hamburg antritt, hielt eine sehr persönliche Rede. Yardim sagte: „Die Preisträger sprechen aus den Tiefen meiner eigenen Erfahrung. Sie berühren mit ihrem Engagement direkt meine Lebenswelt. Diese ständige Konfrontation mit Herkunft. Der verkrampfte Versuch, mich zwischen konstruierten Leitkulturen zu verorten. Absurd vollendet in den Fragen vieler Journalisten: Ja, was sind Sie denn jetzt, türkisch oder deutsch? Hamburger, war dann bisher meine trotzige Antwort. Denn ich traute mich nicht, das Selbstverständliche zu sagen, das, was ich bin. Ich bin Mensch. Ja, und genau dazu ermutigen WorldCitizen."

Die jungen Preisträger Salah Said, Hans Storck, Amir Ohadi und Cem Baran Keskin bedankten sich mit einem kleinen Spiel, das sie auch auf ihren Workshops einsetzen, und bezogen das Publikum mit ein. Außerdem gestalteten sie gemeinsam mit Berkan Akbiyik den musikalischen Teil der Veranstaltung: Mit Soul und Hip Hop-Stücken förderten sie so auch den Dialog zwischen jüngeren und älteren Zuschauern und boten einen erfrischenden Kontrast zum Ambiente des glanzvollen, altehrwürdigen Festsaals.

Die zweite Preisverleihung leitete Prof. Dr. Bernd Faulenbach ein. Der Historiker und stellvertretende Vorsitzende von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. hielt die Laudatio auf seinen Fachkollegen Wolfgang Benz. Er hob dabei das gesellschaftliche Engagement des ehemaligen Leiters des Zentrums für Antisemitismus-Forschung in Berlin hervor. Faulenbach: „Wolfgang Benz hat in seiner Eigenschaft als Zeithistoriker und engagierter Bürger immer wieder zu historisch-politischen Streitfragen Stellung genommen. Er ist häufig gefragt worden von den Medien, hat aber auch nicht selten selbst interveniert."

Der Erfurter Oberbürgermeister Andreas Bausewein begrüßte die Gäste im neugotischen Festsaal des Rathauses.

Außerdem sprach er die große Wirkung an, die Benz mit seinen wissenschaftlichen Arbeiten erzielt. Faulenbach: „Wolfgang Benz hat mit seinen Veröffentlichungen im Laufe der Jahre nicht nur Zigtausende, sondern Hunderttausende auf die eine oder andere Weise erreicht. Benz hat nie im sprichwörtlichen Elfenbeinturm gesessen, wohl aber im Archiv, dabei das mühsame Geschäft des Historikers betreibend, mit Hilfe der Quellen nicht nur Vorgänge auf der Ebene der Fakten zu klären, sondern sie auch zu interpretieren und damit Geschichte zu erklären."

Wolfgang Benz reagierte in seiner Dankesrede mit einem engagierten Plädoyer gegen Islamfeindlichkeit. Dabei beobachtete er in den vergangenen Jahren schon eine positive Entwicklung. Benz sagte:

„Ich spreche davon, dass das Eintreten für Menschen- und Bürgerrechte von Muslimen in unserer Gesellschaft heute gottlob erheblich populärer geworden ist, als das noch vor vier oder fünf Jahren der Fall war. Damals war die Leitung des Zentrums für Antisemitismus-Forschung mit Schmähungen überzogen worden, weil sie auf strukturelle und methodische Gleichartigkeiten der einstigen Diffarmierung von Juden und der späteren Diffarmierung von Muslimen aufmerksam gemacht hat." Und er betonte: „Was wäre unsere Erinnerungskultur denn wirklich wert, wenn wir nicht die Lehre aus der Geschichte zögen, dass man Minderheiten nicht diskriminieren, stigmatisieren und verfolgen darf, egal aus welchem Grund und aus welchem Anlass."

Sein Preisgeld in Höhe von 7500 Euro möchte Benz in ein Zeitzeugenprojekt investieren. Benz erklärte: „Von 1945 bis 1949 sind Dokumente über den Holocaust entstanden, die noch nie in deutscher Sprache veröffentlicht worden sind. Es sind Texte der polnisch-jüdischen Kommission." Für die geplante Edition konnte bislang kein Verlag gefunden werden, das Preisgeld komme da sehr gelegen, so Benz.

Das letzte musikalische Stück von Hans „Eytsch" Storck hieß „Rückenwind", und den haben alle Preisträger an diesem Wochenende sehr wohl verdient.

Die vier WorldCitizens mit Laudator Fahri Yardim (li.)

Preisträger Prof. Dr. Wolfgang Benz (re.) mit seinem Laudator Prof. Dr. Bernd Faulenbach. Fotos: Conny Baeyer

„Die letzten Argumente sind Strang und Fallbeil nicht“

Erinnerung an die Hinrichtungen von Angehörigen der „Roten Kapelle“ in der Gedenkstätte Plötzensee

In einer gemeinsamen Gedenkveranstaltung mit Kranzniederlegung in der Gedenkstätte Plötzensee erinnerten die Gedenkstätte Deutscher Widerstand und Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. am 22. Dezember 2012 an die Hinrichtung von elf Mitgliedern der Widerstandsgruppe „Rote Kapelle“ vor 70 Jahren. Damals starben in der Hinrichtungsstätte Plötzensee am Abend des 22. Dezember 1942 zwischen 19.00 Uhr und 20.33 Uhr Rudolf von Scheliha, Harro Schulze-Boysen, Arvid Harnack, Kurt Schumacher und John Graudenz, Horst Heilmann, Hans Coppi, Kurt Schulze, Ilse Stöbe, Libertas Schulze-Boysen und Elisabeth Schumacher. Für fünf von ihnen hatte Hitler selbst eine als besonders unwürdig geltende Todesart bestimmt: den Tod durch Erhängen. Das war unüblich, seit Mitte der dreißiger Jahre wurde die Todesstrafe im Deutschen Reich mit dem Fallbeil vollstreckt. Deshalb wurde im Hinrichtungsraum im Dezember 1942 ein Stahlträger eingezogen, an dem Eisenhaken befestigt waren. Dieser Galgen wurde an jenem 22. Dezember vor 70 Jahren das erste Mal benutzt und seitdem bis zum Ende des Dritten Reiches immer dann, wenn besonders verhasste Gegner des NS-Regimes hingerichtet werden sollten.

In seiner Gedenkansprache ging Prof. Dr. Johannes Tuchel, Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand und Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. darauf ein, wer diese Menschen waren, die 1942 so kurz vor Weihnachten der NS-Justiz zum Opfer fielen. Er wies darauf hin, dass bereits seit Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft, verstärkt seit Mitte der 1930er Jahre, in Berlin Gruppen unterschiedlichster sozialer und weltanschaulicher Zusammensetzung entstanden. Ein Kreis entstand um den promovierten Juristen und Wirtschaftswissenschaftler Arvid Harnack und dessen Frau. Seit 1935 arbeitete Harnack, der aus Tarnungsgründen auch der NSDAP beitrat, im Reichswirtschaftsministerium, zuletzt als Oberregierungsrat. Harnack wollte durch Schulungen sich und seine Freunde vorbereiten auf die Zeit danach, auf Teilhabe an der politischen Gestaltung in einem nach-nationalsozialistischen Deutschland. Eine andere Gruppe entstand um den Journalisten Harro Schulze-Boysen, der bis zur nationalsozialistischen Machtübernahme die Zeitschrift „gegner“ verantwortete. Im April 1933 wurde Schulze-Boysen von der SA festgenommen, schwer misshandelt und musste den Tod seines Freundes Henry Erlanger miterleben. Nach einer Pilotenausbildung gelang es ihm, 1934 im Reichsluftfahrtministerium eine Stelle zu erhalten. Gemeinsam mit seiner Frau Libertas sammelte er einen Kreis junger Intellektueller und Künstler um sich. Aus dem Traditionszusammenhang der Tegeler Reformschule auf der Schulfarm Scharfenberg kam eine weitere Gruppe von jungen NS-Gegnern. Zu ihnen gehörten Hans Coppi, Heinrich Scheel, Hermann Natterodt und andere. Hans Coppi, der als Dreher in einer Maschinenbaufabrik arbeitete, bekam Ende der dreißiger Jahre Kontakt zur Widerstandsgruppe um den bekannten Schauspieler Wilhelm Schürmann-Horster.

Dies sind nur einige der Freundes- und Widerstandskreise, die wir heute unter dem Oberbegriff „Rote Kapelle“ fassen. Eine Bezeichnung, die sich die Gruppe nicht selbst gegeben habe, sondern ein Fahndungsbegriff der Gestapo und des Geheimdienstes. Sie sahen in dem weit verzweigten Widerstandsnetzwerk eine sowjetische Spionageorganisation. Der Vorsitzende von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Wolfgang Tiefensee, bemerkte in seinem Grußwort, dass sich die Mär vom Spionagenetzwerk auch nach 1945 halten konnte und verhinderte, dass die Widerstandskämpfer der „Roten Kapelle“, in der Erinnerungskultur der Nachkriegszeit hinreichend gewürdigt wurden. Deshalb sei es, so Tiefensee, umso wichtiger, „dass wir 70 Jahre nach den ersten Todesurteilen gegen Widerstandskämpfer aus dieser Gruppe uns hier versammelt haben, um an die Motive und Aktionen dieser Menschen zu erinnern“.

Wolfgang Tiefensee und Prof. Dr. Johannes Tuchel während der Gedenkveranstaltung für die am 22. Dezember 1942 hingerichteten Opfer der Widerstandsgruppe „Rote Kapelle“.

70 Jahre danach: an der einstigen Hinrichtungsstätte werden Kränze niedergelegt. Fotos: Margrit Schmidt

RAG Sachsen

„Es darf Spaß machen, jüdisch zu sein“

Mit „Jalda und Anna“ im Dresdner Kino „Casablanca“

Christoph Meyer

Auf Einladung der Regionalen Arbeitsgruppe Sachsen fand am 27. Oktober 2012 im Rahmen der 16. Jüdischen Musik- und Theaterwoche Dresden ein besonderer Filmabend statt. Zur Vorführung des Dokumentarfilms „Jalda und Anna“ konnte Regionalgruppensprecher Christoph Meyer nicht nur Regisseurin Katinka Zeuner und Co-Redakteur Ben Laser begrüßen, sondern auch die beiden Protagonistinnen des Films, Jalda Rebling und Anna Adam. Gemeinsam mit über 80 Gästen als eifrige Mitdiskutantinnen und -diskutanten machten sie diesen Abend zu einem besonderen Kinoereignis.

Der Film, 2012 im Rahmen des Jüdischen Filmfestivals Berlin uraufgeführt, ist ein einfühlsames Porträt der Künstlerin Anna Adam und ihrer Lebenspartnerin, der Sängerin Jalda Rebling. Beide Frauen sind Töchter von Müttern, die den Holocaust überlebt haben und die sich – Erste Generation danach, so lautet der Untertitel des Films – auf vielerlei Weise von den Konventionen sowohl der jüdischen als auch der nicht-jüdischen deutschen Gesellschaft emanzipiert haben. Jenseits von Stigmatisierungen und teils erstarrten Gedenkritualen haben sie ihren eigenen Weg gefunden. Die eine, Anna, geht mit ihrem „Happy Hippie Jew Bus“ auf Deutschlandtour und durchbricht auf witzige und satirische Weise das immer noch verbreitete Unverständnis gegenüber jüdischer Kultur. Die andere, Jalda, überwindet in einer von ihr selbst mit gegründeten Gemeinde, deren Grundsatz die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist, die männliche Dominanz (auch) jüdischer Religionsausübung. Beide nehmen sich sehr bestimmt und mit Humor ihren Platz in der Gesellschaft.

Im Dresdner Programmkino „Casablanca“ wurde der 75-minütige Dokumentarfilm mit großem Beifall aufgenommen. Eine etwa einstündige Podiumsdiskussion schloss sich an, welche sehr lebhaft war und von zahlreichen Fragen insbesondere an die beiden Künstlerinnen geprägt war. Scharf und humorvoll kritisierten Jalda Rebling und Anna Adam die üblichen Zuschreibungen und Etikettierungen der nicht-jüdischen Mehrheitsgesellschaft in Deutschland. Ihre Projekte stellen Vorurteile in Frage, und sie überwinden Diskriminierung, mit künstlerischen und humorvollen Mitteln. Das geschieht auf unverkrampfte Weise, ganz selbstverständlich. Jalda Rebling: „Wir machen’s einfach.“

Ein Abend, der Freude bereitete. Und der mit Spannung die nächsten Projekte erwarten lässt – sowohl der Beteiligten vor als auch hinter der Kamera dieses wichtigen Films.

Kontakt zur Regisseurin:
Zeuner@Globale-Medienwerkstatt.de

Zur Jüdischen Woche in Dresden:
www.juedische-woche-dresden.de

Prof. Dr. Christoph Meyer ist Sprecher der RAG Sachsen von Gegen Vergessen – für Demokratie e.V. und lehrt im Fachbereich Soziale Arbeit der Hochschule Mittweida.

Jalda Rebling und Anna Adam im Film „Jalda und Anna“. Foto: Katinka Zeuner

RAG Baden-Württemberg, Sektion Böblingen-Herrenberg-Tübingen

Jugendguides und NS-Verbrechen vor Ort

Wolfgang Sannwald

Viele Gedenkstätten befinden sich derzeit in einem Umbruch, weil es immer weniger Zeitzeugen für Nazi-Verbrechen gibt, weil auch idealistische Gedenkstättengründer irgendwann in den Ruhestand gehen und weil sich die Erinnerungskultur der Bundesrepublik Deutschland wandelt. Letztlich steht unsere gesamte Erinnerungskultur vor einem massiven Generationswechsel. „Da muss…", sagt Michaela, eine 23-jährige Tübingerin, „die junge Generation eigentlich weiter machen… Und jetzt kommt etwas Neues. Und da will ich auf jeden Fall Teil davon sein." Michaela ist eine von 19 Jugendlichen im Alter von 16 bis 23 Jahren, die sich 2012 in Baden-Württemberg zu Jugendguides qualifizieren ließen. Schon jetzt zeichnet sich eine rege Nachfrage nach Angeboten der Jugendguides ab.

Nachgefragt wird letztlich das, was die Jugendguides besonders kompetent vermitteln können, nämlich ihre eigene Motivation. Während ihr Expertenwissen zu den einzelnen Gedenkstätten noch wächst, sind sie schon jetzt Mittler über Generationenschwellen hinweg. Der Motivation als Grundlage von Gedenkarbeit galt die besondere Aufmerksamkeit des Kreisarchivars und der Kreisjugendreferentin des Landkreises Tübingen, die das Projekt „KZ-Gedenken und Menschenrechte vor Ort" 2012 federführend konzipierten und koordinierten, in enger Kooperation mit der Gedenkstätte Hailfingen-Tailfingen, der Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Baden-Württemberg, dem Gedenkstättenverbund Gäu-Neckar-Alb und der örtlichen Sektion von Gegen Vergessen – für Demokratie e.V.. Ziel war die Gewinnung und Qualifizierung von Jugendlichen für das Thema, im außerschulischen und selbst bestimmten Bildungsraum.

Dass die NS-Täter „praktisch auch Verwandte gewesen sein können", motivierte viele Jugendliche ebenso wie eine Art von nationaler Verantwortung für die heutige Erinnerung an NS-Verbrechen und deren Opfer. Sie wollten in einer gewissen Leitfunktion und Vorbildfunktion deutlich machen: „damit beschäftigen sich auch junge Leute".

Ihre Positionen formulierten die Jugendlichen zunächst während einer dreitägigen Exkursion, die von der regionalen Gedenkstätte KZ-Außenlager Hailfingen-Tailfingen zur KZ-Gedenkstätte Natzweiler-Struthof im Elsass führte. Dieses Konzentrationslager stand in den 1940er Jahren im Mittelpunkt eines Netzes von KZ-Außenlagern, die fast ganz Baden-Württemberg überzogen. Das Projekt setzte bewusst im Regionalen, in der Lebenswelt der Jugendlichen, an. Von hiesigen authentischen Orten aus verfolgte es Spuren zu den Knotenpunkten der NS-Verbrechen. Gianna: „Ich bin ja Tübingerin und bin ganz lange in dem Bewusstsein aufgewachsen, wie toll Tübingen ist. Man lernt schon in der Grundschule, wie toll unsere Universität ist. Ich war immer ganz stolz auf Tübingen. Bis ich dann selbst irgendwann gemerkt habe, oh, hinter der schönen Fassade ist eigentlich eine schreckliche Geschichte. Und es ist sehr wichtig, darüber zu sprechen." Clarissa beeindruckte beispielsweise die direkte Verbindung vom KZ Natzweiler-Struthof zur Universität Tübingen. Der hiesige Mediziner Hans Fleischhacker, der am Rassenbiologischen Institut in Tübingen arbeitete, hatte in Auschwitz 86 jüdische Frauen und Männer vermessen und selektiert, um für den Straßburger Anatomieprofessor Hirt eine Skelettsammlung an der Universität Straßburg aufzubauen. Die Ausgewählten ließ er nach Natzweiler-Struthof deportieren und dort ermorden. Die Jugendlichen bewegte nachhaltig, „dass es hier vor Ort genauso war und nicht nur in Dachau oder Auschwitz." Hinzu trat die emotionale Tiefe und Glaubwürdigkeit von authentischen Orten: „Es wirkt näher und intensiver vor Ort. Man fühlt sich betroffener und angesprochener."

Ausbildung von Jugendguides in der Gedenkstätte KZ-Außenlager Vaihingen/Enz.

Neben nahe liegenden Orten wirken erlebte Personen besonders authentisch. Auf der personalen Authentizität bauen ja auch viele Gedenkstätten ihre pädagogischen Konzepte auf. Zeitzeugenprojekte waren und sind eine der gängigsten Formen der Gedenkarbeit. Deren Zahl ließ allerdings in den letzten Jahren deutlich nach, weil immer weniger Zeitzeugen, die selbst Opfer von NS-Verbrechen waren, reisefähig sind. Nun rückt eine Generation authentischer Menschen der zweiten Reihe in den Blick. Das können die Nachkommen ehemaliger KZ-Häftlinge sein, das können aber auch jene Menschen sein, die einst mit viel Idealismus Gedenkstätten aus der Taufe hoben. Miriam erlebte, dass Harald Roth und Volker Mall von der Gedenkstätte Hailfingen-Tailfingen „ihre ganze Power da hinein investiert" haben. Viele Gedenkstätten machen sich dieses Phänomen zunutze, indem sie ihre Themen personalisieren und Biographien von Opfern und Tätern ausstellen. Zu diesen klassischen Ansätzen von personaler Authentizität gesellt sich bei den Jugendguides jene der jungen Menschen in ihrer persönlichen Motivation.

Einen wichtigen Gesichtspunkt für die Formulierung authentischer Positionen bot das Thema „Holocaust und Menschenrechte", das die Projektteilnehmer in Straßburg, dem Sitzort des Europäischen Gerichtshofs der Menschenrechte, lebhaft und ergebnisoffen diskutierten. Manche überraschte, dass selbst das deutsche Rechtssystem und seine Rechtspraxis immer wieder Gegenstand von Verfahren vor dem europäischen Gerichtshof sind.

Die zukünftigen Jugendguides besuchen die KZ-Gedenkstätte Natzweiler-Struthof.

Andererseits rief die Diskrepanz zwischen der oft unvorstellbaren Dimension der Massenmorde des deutschen NS-Staates einerseits und der demgegenüber häufig banal erscheinenden heutigen Verfahren in Sachen Menschenrechte emotionale Statements hervor. Auch bei dieser Gelegenheit und bei zwei eintägigen Seminaren zu Methodik, Rhetorik und Didaktik, die die Jugendakademie Baden-Württemberg beisteuerte, ging es stets ergebnisoffen um die Herausbildung eigener Positionen.

Zur insgesamt 40-stündigen Qualifizierung gehörten schließlich Workshops in einzelnen Gedenkstätten, in denen die Jugendlichen mit dem Stoff und den Kontaktpersonen ihrer künftigen Einsatzorte vertraut gemacht wurden. Mittlerweile sind die 19 Jugendlichen analog zur Jugendleiterausbildung in Baden-Württemberg zertifiziert. Als Tätigkeitsfelder spezialisierten sich Teams von ihnen zunächst auf die Gedenkstätten ehemaliger KZ-Außenlager in Hailfingen-Tailfingen, Bisingen und Vaihingen/Enz, hinzu kam die ehemalige Synagoge in Horb-Rexingen. Schließlich fand eine Vierergruppe auch Interesse an der Gedenkstätte Grafeneck, dem Tatort zehntausendfacher „Euthanasie"-Morde in Südwestdeutschland.

Eine Besonderheit entwickelte sich in Tübingen. In der Universitätsstadt gibt es bislang keine Gedenkstätte an NS-Verbrechen oder an die jüdische Kultur als „Einrichtung". Demgegenüber lassen sich hier sehr weitreichende inhaltliche Bezüge anbinden. Ausgesprochen viele Karrieristen des Reichssicherheitshauptamtes, die sowohl „Schreibtischtäter" waren als auch bewusst und aktiv als „Führer" von Einsatzkommandos persönlich Morde anleiteten und begingen, studierten zu Beginn der 1930er Jahre an der hiesigen Universität, vor allem an deren juristischer Fakultät. Die meisten von ihnen waren damals in einem Alter, das die Jugendguides demnächst selbst erreichen. Alleine 14 Prozent der Einsatzgruppenführer im Zweiten Weltkrieg waren Ex-Tübinger, auf der mittleren Ebene der Einsatzkommandoführer immer noch sieben Prozent. Zu den „wissenschaftlichen" Wegbereitern und Vordenkern des Massenmords zählen aber auch Angehörige des Rassenkundlichen Instituts und anderer Forschungs- und Lehreinrichtungen.

Gerade in Tübingen, wo keine Einrichtung an diese Vorgeschichte der heutigen Eliteuni aktiv erinnert, interessierten sich besonders viele Jugendliche für eine Tätigkeit als Jugendguide. Wo konnten diese Jugendlichen Anbindung finden? Aus dieser Situation heraus entstand eine enge Kooperation mit der Volkshochschule Tübingen, die ab dem Frühjahr 2013 Veranstaltungen mit Jugendguides zu Stadt und Universität Tübingen im Nationalsozialismus ausschreibt und die Jugendguides einsetzt. Mit der Geschichtswerkstatt Tübingen und dem Lern- und Dokumentationszentrum zum NS in Tübingen boten sich zudem zwei Vereine als inhaltliche Ansprechpartner der Jugendguides an. Ein bisheriger Höhepunkt bei der Tätigkeit der Jugendguides war ihr Einsatz am 11. November 2012. Unter dem Motto „NS-Verbrechen vor Ort" präsentierten Teams der Jugendlichen an mehreren Stationen im Stadtgebiet ausgewählte Themenblöcke über die Brandstiftung an der Tübinger Synagoge und den Prozess gegen die Täter; über Deportation und Schicksale der Tübinger Juden vor der einstigen Gestapo-Zentrale in der Münzgasse; über NS-Rassenkunde an der Universität auf dem Schloss Hohentübingen, wo das Rassenkundliche Institut angesiedelt war; über Täter in SD-Einsatzgruppen und die „Eliteuni der NS-Zeit" vor der juristischen Fakultät in der Neuen Aula. Experten von der Geschichtswerkstatt Tübingen, dem Lern- und Dokumentationszentrum zur Geschichte des NS, dem Stadtarchiv Tübingen und dem Kreisarchiv Tübingen verbanden diese Präsentationen in Form von „Stadtgängen". Trotz strömenden Dauerregens folgten alleine 70 Personen dem ersten Stadtgang.

Diese öffentliche Einführung des Jugendguide-Angebots wirkte so nachhaltig, dass außer der Volkshochschule Tübingen mittlerweile drei überörtliche Träger von Bildungsangeboten ab

Januar 2013 Stadtgänge und Exkursionen mit Jugendguides zu Gedenkstätten gebucht haben oder noch buchen werden. Diese Entwicklung zeigt das hohe Potential des Jugendguides-Konzepts, auch jenseits der unmittelbaren Angebotsstruktur von Gedenkstätten.

Im Auftrag der Sektion Böblingen-Herrenberg-Tübingen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und mit finanzieller Unterstützung der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg hat Johannes Kuhn einen Film über die Jugend-Guides der Gedenkstätte KZ-Außenlager Hailfingen-Tailfingen gedreht. Für einen Unkostenbeitrag von 10 € ist er zu bestellen bei Birgit Kipfer, Sprecherin der Sektion:

kipfer.rohrau@t-online.de

Dr. Wolfgang Sannwald ist Archivar des Landkreises Tübingen.

Wenn es nötig ist, führen die auszubildenden Jugendguides Interviews auch im strömenden Regen durch, wie hier in Tübingen. Fotos: Wolfgang Sannwald

RAG Baden-Württemberg

Sektion Böblingen-Herrenberg-Tübingen

Neues über Bernard Wolf
Häftling im Außenlager Hailfingen/Tailfingen

Volker Mall

Wir haben ja schon häufiger über die schwierigen, manchmal langen, manchmal kurzen, überraschenden, von Zufällen reichen Wege und Irrwege bei den Recherchen für die KZ-Gedenkstätte Hailfingen/Tailfingen berichtet. Eher zufällig fanden wir jetzt die Tochter eines weiteren Opfers und mussten einsehen, dass wir uns in einem Punkt geirrt hatten: Es gab zwei Holocaust-Opfer mit dem Namen Bernard Wolf.

Anfang August 2012 meldete sich Anat Harel vom Jewish Historical Museum Amsterdam: „Können Sie bestätigen, dass Bernard Wolf (Rotterdam, 30 Dezember 1909) einer der Häftlinge in KZ Hailfingen gewesen ist, und dass er da verstorben ist? Ich fand die „Geschichte des KZ“ online und glaube, dass er auch zu dem Auschwitz-Natzweiler-Hailfingen Transport gehörte. Seine Tochter hat erst jetzt erfahren, dass ihr Vater nicht – wie sie immer dachte – in Auschwitz verstorben ist, sondern wahrscheinlich in Hailfingen. Sie möchte die Gedenkstätte besuchen, aber sie ist behindert und will erst sicher sein, dass Bernard Wolf in Hailfingen verstorben ist.“

28 Hailfinger Häftlinge kamen aus den Niederlanden, darunter drei sog. Reichsdeutsche. Von fast allen ist nachweisbar, dass sie am 28. Oktober 1944 mit dem Transport von Auschwitz in Stutthof ankamen. 17 von ihnen starben in Hailfingen, fünf in Vaihingen/Enz, nachdem sie von Hailfingen dorthin transportiert worden waren, ein Häftling starb kurz nach der Befreiung in Dachau: Alfred Loë. Das Schicksal von 4 Häftlingen bleibt vorerst ungeklärt.

Nachweislich überlebt hat nur ein Häftling: Isaak de Rooij.

Wir suchten nach Angehörigen und waren relativ erfolgreich. Wir fanden Barend Koekkoeks Sohn Joop, Samuel Soesans Sohn Berry, Levie van Stratens Enkel Hans und Benjamin de Wolfs Neffe Leo A. de Wolf. Sie haben alle 2010 an der Einweihung der Gedenkstätte teilgenommen.

Wir hatten 2010 Joop Koekkoek die Liste der Häftlinge aus den Niederlanden geschickt mit der Bitte nach Angehörigen zu suchen. Er teilte uns mit, er habe Verwandte von Benjamin Magnus gefunden, die Kontakt mit uns aufnehmen wollten. Das ist bisher leider nicht geschehen. Ohne uns darüber zu informieren hatte er offensichtlich zudem die in Barendrecht (Südholland) wohnende Rebecca Wolf, die Tochter von Bernard Wolf, gefunden und ihr mitgeteilt, ihr Vater sei wie sein Vater in Hailfingen gewesen und dort gestorben.

Eine nochmalige Durchsicht aller unsere Listen und Dokumente ergab nichts Neues: Bernard Wolf taucht in unseren Unterlagen nur einmal auf: Wir haben nur den Eintrag im Nummernbuch (mit dem etwas anderen Geburtsdatum: 13. Dezember statt 30. Dezember): „41 008/ Holl. /Wolf, Bernard/ 13.12.1909."

Außerdem hatten wir im Mémorial de la Shoah eine Häftlingskarte aus Drancy gefunden, zusammen mit dem Eintrag „WOLF Bernard. A été interné(e) à Drancy sous le matricule 23871. Est arrivé(e) le 13/06/1944. Reçu N° 5435 dans le carnet de fouilles N° 146." Auch wenn das etwas ungewöhnlich war, hatten wir angenommen, Bernard Wolf sei aus den Niederlanden nach Frankreich gekommen. Dass es sich dabei um einen anderen Bernard Wolf handelt, über den sonst nichts zu erfahren war, wissen wir jetzt.

Im Joods Digitaal Monument hatten wir diese Information gefunden: „Bernard Wolf, Rotterdam, 30 December 1909, died 30 April 1945 – Wife has survived the war. Three children living with their parents survived the war."

Inzwischen ist auf der Website des Joods Digital Monuments dort zusätzlich eingetragen „died Hailfingen". Das hat Joop Koekkoek veranlasst. Er hat außerdem Fotos von der Namenstafel in Reutlingen und vom Hailfinger Mahnmal eingegeben und den Text hinzugefügt: „Het lichaam van Bernard Wolf is in het massagraf aan de rand van het vliegveld terechtgekomen." Wie er zu dieser nicht belegbaren Annahme kam, wissen wir nicht.

Rebecca Wolf hatte aus den Daten des Nationalen Instituts für Kriegsdokumentation und des Informationsbüros des niederländischen Roten Kreuzes folgendes erfahren:

Betrifft Nachforschungen nach dem Schicksal von Herrn Bernard Wolf, geboren in Rotterdam am 30. Dezember 1909.

Aus den Daten des Nationalen Instituts für Kriegsdokumentation und des Informationsbüros des niederländischen Roten Kreuzes geht folgendes hervor:
Bernard Wolf wurde am 28. Februar 1944 im Durchgangslager Westerbork eingeliefert. Am 3. März 1944 ist er auf Transport nach Auschwitz-Birkenau gesetzt, wo der Transport von 732 Personen am 5. März 1944 ankam. Bei Ankunft muss eine ziemlich strenge Auswahl stattgefunden haben: nur 179 Männer und 76 Frauen wurden auserwählt für Zwangsarbeit im Lager. Alle anderen wurden sofort vergast.

Von den weiteren Erfahrungen der „Auserwählten" dieses Transportes ist wenig bekannt. Allerdings ist klar, dass Bernard Wolf zu ihnen gehörte und wahrscheinlich bis 26. Oktober 1944 im Lager Auschwitz-Birkenau blieb. Aus den Daten ist zu ersehen, dass Bernard Wolf am 26. Oktober 1944 Auschwitz-Birkenau verlassen hat. Möglicherweise kam er ins Arbeitskommando Grünberg, weil zu diesem Zeitpunkt ein Transport von Männern Auschwitz-Birkenau verließ mit diesem Kommando des Konzentrationslagers Groß-Rosen als Ziel. Ende 1944 wurden alle

Bernard Wolf als junger Mann Quelle: Rebecca Wolf

Männer im Kommando Grünberg ins ebenfalls unter Groß-Rosen fallende Kommando Kittlitztreden transportiert. Obwohl nicht bestätigt werden konnte, dass Bernard Wolf zu der Gruppe in Kittlitztreden gehörte, kann dies angesichts der Übereinkunft im Abreisedatum aus Auschwitz-Birkenau nicht ausgeschlossen werden.

Darüber hinaus wurden keine konkreten Daten gefunden. Allerdings ist aufgrund summarischer Zeugenaussagen und Forschungen anzunehmen, dass Bernard Wolf Anfang 1945 noch teilnahm an Arbeitseinsätzen der KZ Natzweiler-Struthof, Dachau und Neuengamme. Das heißt in dem Teil Deutschlands, der letztendlich durch die Amerikaner befreit wurde.

Nach dem 30. April 1945 kommt der Name Bernard Wolf in keinem einzigen Bericht oder Register von Überlebenden mehr vor. Die niederländische Justiz hat als Todesdatum deswegen den 30. April 1945 festgestellt, irgendwo in Deutschland. Dieses Todesdatum wurde dann im Amtsblatt des 28. Februar 1952 veröffentlicht.

Das von Danuta Czech veröffentlichte Auschwitzkalendarium verzeichnet am 26. Oktober 1944 keinen Abtransport aus Auschwitz. Am 27. Oktober 1944 dagegen werden 3 Transporte aufgeführt:

„Aus dem KL Auschwitz I werden 301 polnische Häftlinge in das KL Buchenwald, Arbeitskommando Wansleben am See, überstellt“ (ISD, Ordner 13)

„ Aus dem Durchgangslager des KL Auschwitz II werden 150 jüdische Häftlinge aus Theresienstadt in das KL Buchenwald, Arbeitskommando HASAG in Meuselwitz, überstellt.“ (ISD, Ordner 13)

„Aus dem Durchgangslager des KL Auschwitz II werden ungefähr 1500 jüdische Häftlinge in das KL Stutthof überstellt“ (Archiv des staatlichen Museums Auschwitz, Dpr.-Hd/1, Bl. 136,142).

Mit diesem Transport kamen 601 Häftlinge, darunter Bernard Wolf nach Hailfingen.

Woher die o.g. anderslautenden Informationen stammen, ist unklar.

So kann jetzt zu unseren „Porträts“ ein weiteres hinzugefügt werden:

Bernard Wolf

Bernard Wolf wurde am 30. Januar 1909 in Rotterdam als Sohn von Ludovicus Wolf und Rebecca van West geboren.

Am 10. Juni 1931 hat er in Rotterdam Anna Nehemina Horsten, geboren am 27. Januar 1914 in Rotterdam, geheiratet. Er war Matrose.Er kam als „Strafgefangener“ am 28. Februar 1944 in das Lager Westerbork in die Strafbaracke 67. Guido Abuys (Herinneringscentrum Kamp Westerbork) schrieb uns: “Probably he went into hiding and was arrested.” Rebecca Wolf dagegen erinnert sich: “Er war ein blonder Jude mit blauen Augen. Er wurde verhaftet, weil er den Stern nicht tragen wollte.”Am 3. März 1944 wurde er - zusammen mit den Hailfinger Häftlingen Luser Leib Klein, Werner Minden und Alfred Loë - von Westerbork nach Auschwitz deportiert, Ankunft dort am 5. März 1944, (Czech. Auschwitz-Kalendarium, S. 733). Er kam dann am 28. Oktober 1944 mit dem Transport von Auschwitz nach Stutthof und von dort am 19. November 1944 nach Hailfingen, wo er die Natzweiler Nummer 41 008 bekam.

Die niederländische Justiz hat im Februar 1952 als Todesdatum den 30. April 1945 „festgestellt“.Wir haben keinen Hinweis darauf, dass Bernard Wolf in Hailfingen gestorben ist. Wir vermuteten, er könnte nach Bergen-Belsen deportiert worden sein. Auch das bleibt zumindest vorerst unklar. Bernd Horstmann (Bergen-Belsen) teilte uns am 9. August 2012 mit: „Leider konnte ich in den hier vorliegenden Materialien keinen Hinweis zu Bernard Wolf finden.“

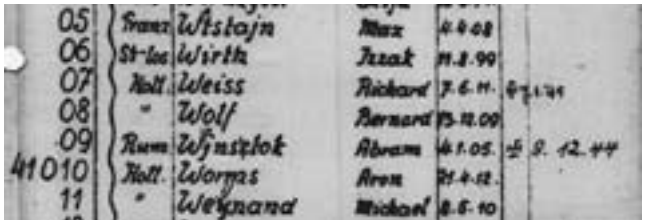
Bernard Wolfs Eltern wurden am 26. Oktober 1942 in Auschwitz vergast. Bernard Wolf hatte zwei Brüder:
- Martinus Wolf, geboren am 28. Juni 1915 in Rotterdam, gestorben am 2. Mai 1945 in einem Lager in Deutschland.
- Arie Wolf, geboren am 2. Januar 1922 in Rotterdam, ermordet am 12. Oktober 1942 in Mauthausen.
Er hatte eine Schwester:
Roosje Wolf, geboren am 5. Januar 1928 in Rotterdam, vergast in Auschwitz am 31. Dezember 1942.

Rebecca Wolf wurde am 24. April 1938 in Rotterdam geboren, ihr Bruder Pieter Hermanus Wolf am 23. Juli 1933 in Rotterdam. Der zweite Bruder Ludovicus Wolf wurde am 11. Januar 1932 in Rotterdam geboren. Er starb 2007.

Bernard Wolfs Frau starb am 25. Mai 1979.

Rebecca und ihr Bruder sind die einzigen Überlebenden der Familie Wolf.Die Informationen über die Familie stammen – wie einige der Fotos und Dokumente – von Rebecca Wolf.

Bei der Kommunikation haben geholfen: Fabian Rothm und (Hilversum), Berry Soesan (Nimwegen) und Jens Kolata (Tübingen).



Ausschnitt aus dem Natzweiler Nummernbuch
Quelle: Internationaler Suchdienst Bad Arolsen (ITS)

Schild an einem Viehwagen der Reichsbahn. Quelle: Image Bank WW2 / Netherlands Institute for War documentation

Volker Mall ist Mitglied der RAG Baden-Württemberg, Sektion Böblingen-Herrenberg-Tübingen von Gegen Vergessen – für Demokratie e.V.

RAG München

Helga König geehrt

Helga König, Mitglied der RAG München von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., wurde mit der höchsten Auszeichnung des Erzbistums München-Freising geehrt. Am 24. November 2012 erhielt sie die Korbiniansmedaille für ihr Engagement in der Erinnerungs-, Gedenk- und Versöhnungsarbeit. Besonders hervorgehoben wurde in der Laudatio die Vorbereitung des alljährlich im April stattfindenden Gedenkzuges an den Todesmarsch der Dachauer KZ-Häftlinge und die Namenslesung zum Gedenken an die ermordeten jüdischen Münchner am 9. November jeden Jahres. Wesentliches Anliegen von Helga König und der Münchner Regionalgruppe von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. ist es, mit diesen Veranstaltungen die Erinnerung lebendig zu halten und von Generation zu Generation zu tragen. Wir gratulieren Helga König zur Würdigung ihrer ehrenamtlichen Arbeit!

RAG Baden-Württemberg

Schweigen macht mitschuldig.

Bericht über das Seminar „Die Rolle der Kirchen im Dritten Reich“ in Königsbronn

RAG-Sprecher Dr. Alfred Geisel mit dem Königsbronner Bürgermeister Michael Stütz (Bildmitte) und den Referenten der Tagung, Prof. Dr. Jürgen Kampmann, Dr. Siegfried Hermle und Prof. Dr. Dominik Burkard. Foto: Gemeinde Königsbronn

Helga Übelmesser-Larsen

Gegen Vergessen – Für Demokratie veranstaltete am 27. Oktober 2012 in Königsbronn zusammen mit der Georg-Elser-Gedenkstätte und der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg das Tagesseminar „Die Rolle der Kirchen im Dritten Reich“. Dazu konnte Bürgermeister Stütz mehr als 120 Teilnehmer begrüßen. Er betonte die Wichtigkeit der Gedenkstättenarbeit und erinnerte an die Schwierigkeiten bei der Aufarbeitung der Geschichte des aus Königsbronn stammenden konsequenten Gegners der NS-Diktatur Johann Georg Elser.

Dr. Alfred Geisel, der Sprecher der Regionalgruppe Baden-Württemberg der Vereinigung, wies darauf hin, dass bei der Vortragsauswahl nicht alle mit dem Tagesthema zusammenhängenden Fragen aufgearbeitet werden könnten. Er lobte die jahrelange gute Zusammenarbeit mit der Gemeinde Königsbronn und der Landeszentrale bei der Vorbereitung und Durchführung solcher Tagesseminare.

Das Thema „Der württembergische Landesbischof Theophil Wurm in der NS-Zeit“ stand im Mittelpunkt des Vortrags von Prof. Dr. Jürgen Kampmann (Universität Tübingen). Kampmann führte in die Zeitverhältnisse um 1933 ein und wies darauf hin, dass zunächst die in der Weimarer Verfassung verankerte Rechtsstellung der Kirche unangetastet geblieben sei. Trotz anfänglich kirchenfreundlicher Beteuerungen Hitlers gab es jedoch alsbald vielfältige Konflikte, die 1934 zur Spaltung der Ev. Kirche Deutschlands in die systemgeneigte Reichskirche unter Bischof Ludwig Müller und in die systemkritische Bekennende Kirche führte, der auch die württembergische Landeskirche angehörte. Der 1868 geborene Wurm, ein politisch national und konservativ denkender Kirchenmann, der seit 1929 Landesbischof in Württemberg war, widersetzte sich nachdrücklich der von den Nazis angestrebten Gleichschaltung der verschiedenen deutschen Landeskirchen. Gegen die Ermordung von rund 10000 behinderter Menschen in Grafeneck auf der Schwäbischen Alb im Zuge der sog. T 4-Aktion protestierte Wurm in einem eindrücklichen Brief vom Juli 1940 an Reichsinnenminister Frick. Sehr zurückhaltend war freilich seine Haltung in Bezug auf die Judenverfolgung. So versagte er etwa mutigen Pfarrern, die gegen die Verbrechen der Reichspogromnacht vom November 1938 aufbegehrten – in einer die Tagung begleitenden Ausstellung eindrücklich dargestellt – jeden Schutz vor Verfolgungsmaßnahmen. Grundsätzlich stellte Kampmann fest, dass eine unterschwellige antisemitische Haltung vielen damaligen evangelischen Kirchenmännern eigen gewesen sei.

Die Haltung des katholischen Rottenburger Bischofs Joannes Baptista Sproll beleuchtete Prof. Dr. Dominik Burkard von der Universität Würzburg. Sprolls Einstellung schwankte 1933 zunächst zwischen Hoffen und Bangen. Er war von der Gefährlichkeit des Nationalsozialismus überzeugt, wagte jedoch gleichwohl einen vorsichtigen Brückenschlag, als er 1933 katholischen Priestern ein Verbot politischer Äusserungen auferlegte. Um die drohende Gleichschaltung der ihm sehr wichtigen katholischen Jugendarbeit mit der Hitlerjugend zu verhindern, intervenierte Sproll – freilich weitgehend vergeblich – bei der NS-Regierung. Weitere staatliche Übergriffe waren die Folge. Seinen Mut bewies Sproll mit einem Hirtenbrief gegen die Weltanschauung des Nationalsozialismus und dessen Rassenlehre. Er wehrte sich auch öffentlich gegen die Ersetzung des Religionsunterrichts durch die Einführung des Weltanschauungsunterrichts. Als er im April 1938 bei der Volksabstimmung über den Anschluss Österreichs und der damit verbundenen Scheinwahl des Reichstags demonstrativ die Stimmabgabe verweigerte, wurde er des Landes verwiesen und durch die Gestapo nach Bayern deportiert – ein Vorgang, der vom Vatikan mit Schweigen hingenommen wurde. Sproll, der erst 1945 nach Rottenburg zurückkehren konnte, war nach den Worten von Prof. Burkard Überzeugungstäter und Überzeugungsopfer zugleich.

Über die noch heute umstrittene Frage des weitgehenden Schweigens der Kurie unter den Päpsten Pius XI und Pius XII zu den Verbrechen der Nazis und der unterbliebenen Verurteilung der NS-Ideologie referierte Prof. Burkard in seinem zweiten Vortrag. Obwohl sich zahlreiche bedeutende katholische Persönlichkeiten bis zum Bischofsrang wegen der Verfolgungsmaßnahmen der Nazis etwa gegen Behinderte oder Juden an den Vatikan wandten und um eine öffentliche Verurteilung baten, ließ der damalige Generalstaatssekretär Pacelli – der spätere Papst Pius XX – diese Bittbriefe unbeantwortet. Auch wurde ein bereits 1934 gefertigtes Verzeichnis der nationalsozialistischen Irrtümer nie veröffentlicht. Die Kurie hat sich nach Meinung Burkards zwar mit der NS-Ideologie und ihren Verbrechen beschäftigt, aber sich nie zu einer öffentlichen Verurteilung durchringen können. Prof. Burkard setzte sich auch mit den Umständen auseinander, die letztlich eine geplante päpstliche Enzyklika zur Rassenfrage verhinderten. Hier liegt die Vermutung nahe, dass die Kurie nicht im Nationalsozialismus, sondern im Kommunismus den Hauptfeind der Kirche sah. Prof. Burkard fasste seine Überlegungen in zehn Thesen zusammen:

Die sogenannte Judenfrage lag nicht im Blickfeld der Heiligen Stuhls; Grundsätzlich distanzierte sich die Kirche zwar intern von den NS-Irrtümern, ohne dies klar und auch öffentlich zum Ausdruck zu bringen: Vermutlich verhinderte Pacelli eine solche klare Stellungnahme; Zentrales Motiv seines Schweigens waren politische Überlegungen; er war vorrangig Diplomat und kein Theologe. Die Kurie wollte kein zusätzliches Öl ins Feuer gießen; Nicht der Nationalsozialismus sondern der Kommunismus wurde als Hauptfeind der Kirche angesehen. Etwaige Protestäußerungen sollten nicht vom Vatikan, sondern von den örtlichen Bischöfen erfolgen; Dies, weil in Protesten der Kurie eine Einmischung in innerstaatliche Maßnahmen gesehen werden könnten; Soweit Papst Pius XII als Bischof von Rom gefordert war, gingen etliche Hilfsmaßnahmen auch in Bezug auf verfolgte Juden von ihm aus. Erst in den fünfziger Jahren bekannte sich Papst Pius XII zu der Notwendigkeit öffentlicher Stellungnahmen in Bezug auf die Verbrechen der Nazis.

Zum Thema „Evangelische Kirche und Religionsfreiheit in der Zeit des Nationalsozialismus“ referierte Prof. Dr. Siegfried Hermle von der Universität Köln. Er wies eingangs darauf hin, dass sich beide Kirchen angesichts der kirchenfreundlichen Äußerungen in Hitlers Regierungserklärung vom Februar 1933 in dieser Frage zunächst beruhigt zeigten. Dies änderte sich freilich rasch, als die Nazis 1934 das Alte Testament aus dem Religionsunterricht zu verbannen suchten und durch eine germanisch geprägte Glaubenslehre zu ersetzen trachteten – einem Ansinnen, dem die evangelische Kirche in Teilen entsprach. Auch die zwangsweise verfügte Abschaffung der Bekenntnisschulen und die flächendeckende Einführung der Gemeinschaftsschule wurde schließlich nach etlichen vergeblichen Interventionen durch die Kirchen hingenommen. Die 1937 durch die Nazis verfügte Einführung eines nationalsozialistisch geprägten Weltanschauungsunterricht (WAU), der den Religionsunterricht ersetzen sollte, führte zu massiven, auch öffentlichen Protesten der beiden Kirchen mit der Folge, dass der Religionsunterricht neben dem Weltanschauungsunterricht mit erheblichen Einschränkungen geduldet wurde – etwa die Reduzierung auf eine Wochenstunde und die Beschränkung bis zur 4. Klasse. Auch durfte kein Schulgebet mehr gesprochen werden. Religionslehrer, die sich diesen Zwangsmaßnahmen widersetzten, wurden wiederholt mit strengen Strafen bis zur Einweisung in NS-Konzentrationslager geahndet.

In der von Dr. Geisel moderierten Veranstaltung wurden viele der angesprochenen Probleme durch sachkundige Rückfragen vertieft. In seinem Schlusswort nahm Dr. Geisel auf das Stuttgarter Schuldbekenntnis der evangelischen Kirche vom Oktober 1945 Bezug. Dies sei zwar insoweit ein bemerkenswertes Dokument, als die Kirche hier ihre Rolle im Blick auf ihr Versagen hinsichtlich des Nationalsozialismus eingestanden habe. Andererseits sei der millionenfache Mord an Menschen jüdischer Herkunft mit keinem Wort erwähnt. Dieses schwere Versäumnis, das auch in Bezug auf die katholische Kirche gelte, belaste eine unbefangene Auseinandersetzung mit dem Verhalten der beiden christlichen Kirchen zum Nationalsozialismus bis in unsere Tage.

Helga Übelmesser-Larsen ist Mitglied von
Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

RAG Rhein-Ruhr-West

Zwangsarbeit
Rückkehr in die eigene Kindheit

Inessa Mirchevska während der Feierstunde im Duisburger Rathaus.

Inessa Mirchevska und ihr Sohn Alex Mirchevsky kurz vor dem Rückflug nach Kiew am Düsseldorfer Flughafen. Fotos: Angelika Calmez

Thomas Richter

„Hier ist es", sagt Inessa Mirchevska, als sie die Backsteinmauer auf dem Gelände des Hundesportvereins Ruhrort-Meiderich-Berg am Rande der Schlickstraße erblickt. Eben hier an jener Stelle am Rande des Meidericher Stadtparks muss der Standort des Zwangsarbeiter-Lagers gewesen sein, in dem sie und ihre Mutter Maria Sarharchinko von 1943 bis 1945 eingepfercht in Baracken lebten. 67 Jahre nach Kriegsende ist dies für die Frau aus der Ukraine das erste Wiedersehen mit Duisburg. Oder wie es die Seniorin (79) formuliert: „Es ist eine Rückkehr in meine Kindheit."

Eindringliche Gespräche

Auf Einladung der Regionalen Arbeitsgruppe Rhein-Ruhr-West der Vereinigung Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und der Volkshochschule weilt sie für drei Tage in Duisburg. Sie besuchte gestern die Klassen 12 und 13 der Gesamtschule Meiderich, um im eindringlichen Gespräch mit den jungen Menschen von ihren unvergesslichen Erlebnissen zu berichten. Heute Vormittag steht eine kleine Feierstunde im Rathaus an. Und am Abend ab 19 Uhr wartet im Internationalen Zentrum der VHS am Flachsmarkt eine Diskussionsrunde, zu der alle Interessierten eingeladen sind. Auch Alt-OB Josef Krings wird dort reden.

Für Mirchevska, die am Montag mit ihrem Sohn Alex Mirchevsky aus Kiew eingeflogen war, hatte der Rundgang durch Meiderich aber die größte Bedeutung. „Ich habe oft von dem Lager geträumt. Ich wollte wissen, ob ich noch irgendetwas von damals wiedererkenne", sagt die im eleganten schwarzen Hosenanzug gekleidete Dame, die wegen ihrer strubbeligen, weißen Haarpracht von der kleinen Enkelin den Spitznamen „Pusteblume" verpasst bekommen hat.

Ein glücklicher Zufall

All das erzählt sie in ihrer Landessprache. In Marina Marker aus Homberg und Heike Maus von der Stadt Duisburg stehen gleich zwei Dolmetscherinnen bereit. Verstehen könne sie noch vieles, deutet die Seniorin an. Und sogar ein paar deutschsprachige Gedichte kann sie noch fehlerfrei aufsagen.

Dass sie und ihre Mutter das Lager überlebten, war auch glücklichen Zufällen zu verdanken. Einen Bombenangriff überstanden sie unbeschadet. Und als ihre Mutter eines Tages hingerichtet werden sollte, rettete die damals zwölfjährige Inessa ihr das Leben, weil sie ausgerechnet an diesem Tag Geburtstag hatte und den Lagerkommandanten um die Verschonung des Lebens ihrer Mutter bat – und Gehör fand.

All diese Erlebnisse hat Mirchevska mittlerweile zu drei Büchern verarbeitet, die in Russland und der Ukraine veröffentlicht wurden. Ihr Traum ist es, dass dies der Stoff für einen Spielfilm wird. Zwei Dokumentationen gibt es bereits. „Ich möchte das möglichst noch erleben", sagt sie.
Und was soll die Botschaft des Films sein: „Dass die Menschen ihre Zeit auf Erden für friedliche Dinge nutzen sollen."

Der Artikel erschien in der WAZ Duisburg, 25. September 2012

Wir danken dem Autor für die freundliche Genehmigung des Abdrucks.

Die Besuchsreise von Frau Mirchevska kam durch Initiative und tatkräftige Mitarbeit von Frau Angelika Calmez, freie Journalistin in Köln, zustande. Den Duisburger Part hat die RAG Rhein – Ruhr West koordiniert. An ihm waren mehrere Partner beteiligt: u.a. die VHS der Stadt Duisburg, die auch förmlich als Einlader fungierte, der Kreisverband Duisburg der SJD-Falken, die DGB-Jugend und die Gesamtschule Duisburg-Meiderich.

Nach den Veranstaltungen in Duisburg war Frau Mirchevska auch im Heimathaus Ostbevern im Münsterland zu Gast. In Ostbevern hatte sie zunächst bis zum Kriegsende Zwangsarbeit auf einem Bauernhof leisten müssen und war danach dort bis zur Rückkehr nach Kiew als Displaced Person verblieben.

Die Besuchsreise von Frau Mirchevska wurde u.a. durch die VHS Duisburg, die DGB-Jugend Duisburg, private Spender und die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ ermöglicht.

Frau Mirchevska starb nur zwei Monate nach dieser Reise in Kiew an Krebs. Ihr Sohn fasste die Bedeutung des Besuchs von Frau Mirchevska in seiner Antwort auf das Kondolenzschreiben der Regionalen Arbeitsgruppe Rhein-Ruhr West von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. mit folgenden Worten zusammen:

„Many thanks for Your support in my sad time when Inessa has gone…

I am especially honored, proud and thankfull that the last and I think one of the best Holliday in Her life was arranged by You - it was great!

Yes, Inessa's wish and dream became truth and was fulfilled.”

RAG Nordhessen

Legalisierter Raub.

Der Fiskus und die Ausplünderung der Juden in Hessen 1933-1945

Das Ehepaar Salomon und Emma Kron, das in der Mittelstraße 26 in Wolfshagen lebte.
Foto: © HR/Hans-Peter Klein

Eine Ausstellung des Fritz Bauer Instituts und des Hessischen Rundfunks mit Unterstützung der Sparkassen-Kulturstiftung Hessen-Thüringen und des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst im Regionalmuseum Wolfhager Land
Bettina Leder-Hindemith

„Da mein Sohn außerordentlich begabt ist, wie auch sein Lehrer bestätigt, bitte ich Sie, mir das Klavier des evakuierten Juden zu überlassen“: Mit dieser Bitte trat 1942 ein Offenbacher Bürger an sein Finanzamt heran. Zu dieser Zeit waren die Finanzämter bereits mit der so genannten Verwertung des Eigentums der Deportierten befasst, das seit der 1941 erlassenen 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz dem „Reich verfiel“. Überall kam es zu öffentlich angekündigten Auktionen aus jüdischem Besitz: Tischwäsche, Möbel, Kinderspielzeug, Geschirr, Lebensmittel wechselten den Besitzer. Viele schrieben an die Finanzämter, um sich das begehrte Klavier oder die schönere Wohnung zu sichern. Vorausgegangen waren ab 1933 zahlreiche Gesetze und Verordnungen, die auf die Ausplünderung jüdischer Bürger zielten. Umgesetzt wurden sie von Beamten der Finanzbehörden

in Kooperation mit weiteren Institutionen. In der Folge verdiente das „Deutsche Reich“ durch die Reichsfluchtsteuer an denen, die es in die Emigration trieb, wie an denen, die blieben, weil ihnen das Geld für die Auswanderung fehlte oder weil sie ihre Heimat trotz allem nicht verlassen wollten. Davon erzählt die Ausstellung „Legalisierter Raub. Der Fiskus und die Ausplünderung der Juden in Hessen 1933-1945“, die das Fritz Bauer Institut und der Hessische Rundfunk auf Einladung des Regionalmuseums Wolfhager Land vom 17. Januar bis 7. April 2013 in Wolfhagen zeigen.

Die Vorgeschichte

Eine Ausstellung von Prof. Dr. Wolfgang Dreßen im Stadtmuseum Düsseldorf hatte 1998 die fiskalische Ausplünderung der Juden im Nationalsozialismus erstmals in das Blickfeld einer weiteren Öffentlichkeit gerückt: „‘Aktion 3'. Deutsche verwerten jüdische Nachbarn" zeigte Unterlagen aus dem Bezirk der Oberfinanzdirektion Köln, doch die Ausstellung löste eine bundesweite Debatte aus. Sie warf einerseits erneut die Frage auf, was die deutsche Bevölkerung von der Ermordung der Juden gewusst hatte. Andererseits: Handelte es sich bei den nun veröffentlichten Dokumenten um Steuerakten, die dem Steuergeheimnis unterlagen oder handelte es sich um Akten der historischen Forschung?

Karl Starzacher, Hessischer Minister der Finanzen, wies die Finanzbehörden des Landes an, in ihren Beständen nach NS-Unterlagen zu suchen. Im Dezember 1998 übergab er im Rahmen einer Pressekonferenz vier Aktenkonvolute der ehemaligen Reichsfinanzverwaltung, die im Archiv der Oberfinanzdirektion Frankfurt am Main gelegen hatten, an Ignaz Bubis als Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, an Moritz Neumann als Vorsitzenden des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden in Hessen sowie an Hanno Loewy als Direktor des Fritz Bauer Instituts in Hinblick auf ein am Institut bereits geplantes Forschungsprojekt. Seine Erkenntnisse und Fragen nach dem Studium der Akten formulierte er so: „Es wurden Tausende vertrieben, alles sprach dafür, dass sie nie mehr zurückkehren würden”, doch Zweifel, weshalb die Opfer, die angeblich nur in die sogenannten „Ostgebiete” umgesiedelt werden sollten, keinerlei Möbel, Gebrauchsgegenstände oder Wäsche mehr brauchten, seien in der Finanzverwaltung offensichtlich nicht aufgekommen. Stattdessen habe sie die Einziehung und Verwertung von Vermögen der Deportierten „reibungslos und ohne jede Skrupel“ administriert. Große Nachfrage aus der Bevölkerung verzeichneten die Dokumente auch nach dem gerade erst beschlagnahmten Besitz der Deportierten. Bei den öffentlichen Versteigerungen ihrer letzten Habseligkeiten sei der Zulauf „außerordentlich groß” gewesen. Für Karl Starzacher ergab sich: „Sehr viele haben gewusst oder haben wissen können, was tatsächlich vor sich ging. Und nicht wenige haben von der Vertreibung der Juden profitiert.”

Das Forschungsprojekt

Auch in den hessischen Staatsarchiven lagen umfangreiche Aktenbestände zum Thema vor, aber es fehlte an einer zusammenhängenden Darstellung. 1999 stellte das Land Hessen die Mittel für ein Forschungsprojekt zur Verfügung, das vom Fritz Bauer Institut in enger Zusammenarbeit mit dem Hessischen Hauptstaatsarchiv durchgeführt wurde.

Die gesichteten Devisenakten, Steuerakten, Vermögenskontrollakten und Handakten jüdischer Rechtsanwälte zeigen, dass unterschiedliche Dienststellen in Finanzbehörden, Zollfahndung und Devisenstellen gemeinsam mit der Gestapo und anderen Organisationen in gesetzlich legalisierten Aktionen Sparbücher, Devisenguthaben und Wertpapierdepots jüdischer Bürgerinnen und Bürger einzogen. Sie belegten ihre Opfer mit Sondersteuern und Strafkontributionen und versteigerten öffentlich das Hab und Gut der aus Deutschland Geflohenen oder Deportierten. Die Ausplünderung war ein wichtiger Teil der Vernichtungsmaschinerie und zugleich Bestandteil der NS-Kriegswirtschaft.

Die Ausstellung

Das Forschungsprojekt des Fritz Bauer Instituts bildete die Grundlage für die gemeinsam mit dem Hessischen Rundfunk konzipierte und realisierte Ausstellung sowie den Film "Der große Raub" (hr, 2002). Die Tafeln im Hauptteil der Ausstellung entwickeln die Geschichte der Tätergesellschaft. Ein kurzer Rückblick auf die Zeit vor 1933 zeigt, dass die Nationalsozialisten bei ihrer Machtübernahme auf weit verbreitete antisemitische Klischees zurückgreifen konnten, insbesondere auf das Bild vom „mächtigen und reichen Juden“, der sein Vermögen mit List und zum Schaden des deutschen Volkes erworben habe. Vor diesem Hintergrund zeichnet die Ausstellung die Stufen der Ausplünderung und die Rolle der Finanzbehörden in den Jahren von 1933 bis 1941 nach. Im nachgebauten Zimmer eines Finanzbeamten können die Ausstellungsbesucher in Aktenordnern blättern: Sie enthalten u.a. Faksimiles jener Vermögenslisten, die Juden vor der Deportation ausfüllen mussten, um den Finanzbehörden die „Verwaltung und Verwertung“ ihrer zurückgelassenen Habseligkeiten zu erleichtern. Weitere Tafeln beschäftigen sich mit den kooperierenden Interessengruppen in Politik und Wirtschaft, aber auch mit dem "deutschen Volksgenossen" als Profiteur. Schließlich wird nach der sogenannten Wiedergutmachung gefragt: Wie ging die Rückerstattung in Hessen und Berlin vor sich, wie erfolgreich konnte sie angesichts der gesetzlichen Ausgangslage und der weitgehend ablehnenden Haltung der Bevölkerungsmehrheit sein?

Im Zentrum der Ausstellung stehen Vitrinen, die die Geschichten von Opfern aus ganz Hessen erzählen: von Erich Ochs aus Hanau, von Frieda, Julius, Leopold und Johanna Kahn aus Groß-Gerau, von Familie Popper aus Kassel, von Familie Grünebaum aus Espa und vielen anderen.

Familie Kron aus Wolfhagen

Für jeden Präsentationsort erarbeiten die Ausstellungsmacher einen neuen regionalen Schwerpunkt, der sich mit der Geschichte des legalisierten Raubes in der Ausstellungsregion beschäftigt. So ist eine der neuen Vitrinen in Wolfhagen der Familie Kron gewidmet.

Salomon Kron, geboren am 9. November 1869, stammte aus einer in Wolfhagen alt eingesessenen, wohlhabenden Familie. Gemeinsam mit seiner Frau Emma und den beiden Kindern Theodor und Charlotte lebte er in einem mehrstöckigen Fachwerkhaus in der Mittelstraße 26, in dem das Ehepaar auch sein Manufakturwarengeschäft betrieb.

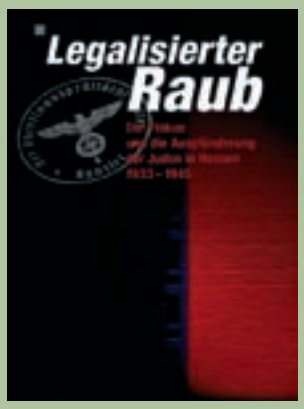
In den zehner und zwanziger Jahren trafen die Familie schwere Schicksalsschläge: Die Tochter Charlotte starb mit 11, Ehefrau Emma mit 48 Jahren.

Nach der „Machtübernahme“ durch die Nationalsozialisten gelang Sohn Theodor, der in Wolfhagen und Arolsen zur Schule gegangen war, in Würzburg Medizin studiert und in Kassel als HNO-Arzt praktiziert hatte, im Sommer 1938 die Emigration in die USA. Salomon Kron blieb allein in Wolfhagen zurück. Nach der Pogromnacht 1938 war er gezwungen, sein Haus und seinen Grundbesitz zu verkaufen. Den Verkaufserlös erhielt er nicht: Er war, wie zu dieser Zeit bereits üblich, „auf ein Sperrkonto bei der Devisenbank einzuzahlen, über das nur mit Genehmigung der zuständigen Devisenstelle verfügt werden“ durfte.

Salomon Kron zog nach Kassel. Auch er wollte auswandern, doch am 11. April 1941 wurde er im Arbeitserziehungslager Breitenau inhaftiert. Trotz seines hohen Alters und einer Herzschwäche wurde er zu Arbeitseinsätzen in der Landwirtschaft herangezogen. Er starb wenige Monate später in Breitenau am 21. Juni 1941.

Die Kinder von Salomon und Emma Kron, Theodor und Charlotte, auf einem Foto aus dem Jahr 1910. Foto: © HR/Hans-Peter Klein

Dr. Bettina Leder-Hindemith ist im Hessischen Rundfunk zuständig für Ausstellungen und Kuratorin des „Legalisierten Raubes“.



Das Plakat zur Ausstellung

Eine der Ausstellungstafeln.

Legalisierter Raub.

Der Fiskus und die Ausplünderung der Juden in Hessen 1933-1945

Eine Ausstellung des Fritz Bauer Instituts und des Hessischen Rundfunks mit Unterstützung der Sparkassen-Kulturstiftung Hessen-Thüringen und des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst unter Schirmherrschaft von Uwe Schmidt, Landrat des Landkreises Kassel im Regionalmuseum Wolfhager Land Wolfhagen, Ritterstr. 1

Für Schulklassen und Jugendgruppen ist der Besuch der Ausstellung kostenfrei. Für Erwachsene beträgt der Eintritt 3 Euro, Gruppen ab 10 Erwachsenen zahlen pro Person 1 Euro Eintritt. Der Besuch des Museums ist eingeschlossen.

Führungen

Zur Ausstellung werden Gruppenführungen zum Preis von 25 Euro angeboten. Anmeldungen werden im Regionalmuseum unter der Telefonnummer 05692-992431 von Montag bis Freitag in der Zeit von 10 bis 13 und von 14 bis 17 Uhr entgegen genommen.

Die regionale Präsentation in Wolfhagen steht unter der Schirmherrschaft von Uwe Schmidt, Landrat des Landkreises Kassel. Sie wird unterstützt von der Sparkassenstiftung Landkreis Kassel - Kultur, der Ernst Ludwig Chambré Stiftung zu Lich, der vhs Region Kassel, der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung, vom Arbeitskreis Rückblende – Gegen das Vergessen e. V., von Gegen Vergessen – Für Demokratie“ (Reg. Arbeitsgruppe Nordhessen), vom Internationalen Suchdienst (ITS) Bad Arolsen, vom Evangelischen Kirchenkreis Wolfhagen, von der Katholischen Kirchengemeinde Wolfhagen, von der Gedenkstätte Breitenau, der Region Kassel-Land e. V. (Ecomuseum), dem Kino Cinema Wolfhagen, der Stadt Wolfhagen und der Wilhelm Filchner Schule Wolfhagen.

GeschichtsMesse 2013

Die Bundesstiftung Aufarbeitung lädt ein zur Teilnahme an der sechsten Geschichtsmesse „Geschichte lernen im 21. Jahrhundert – Demokratie und Diktatur nach 1945 in Deutschland und Europa“ (28. Februar bis 2. März 2013 in Suhl, Thüringen). Auch 2013 bietet die Veranstaltung ein umfangreiches Programm mit Podiumsdiskussionen, Vorträgen und Filmen. Wie immer informiert das dreitägige Forum über Ausstellungen, Schulprojekte, Dokumentarfilme, Publikationen und Veranstaltungsvorhaben zur deutschen und europäischen Teilungsgeschichte.

Nach den zahlreichen Veranstaltungen, Initiativen und Projekten, die zu den Jahrestagen der Friedlichen Revolution und Deutschen Einheit, des Mauerbaus und des Volksaufstands vom 17. Juni 1953 entstanden sind, bilanziert das Tagungsprogramm Diktaturaufarbeitung in Deutschland und Europa seit 1990 und wirft den Blick in die Zukunft: Wie wird im Jahr 2014 europäische Zeitgeschichte geschrieben, wenn sich der Beginn des Ersten Weltkrieges zum 100. Mal, der des Zweiten Weltkrieges zum 75. Mal, die Revolutionen gegen die kommunistischen Diktaturen zum 25. Mal und die EU-Osterweiterung zum zehnten Mal jähren? Wie kann im Klassenzimmer und in außerschulischen Bildungseinrichtungen diese Geschichte vermittelt werden?

Seit 2008 treffen sich im Frühjahr jeden Jahres Vertreter von Trägern und Institutionen der kommunalen Bildungs- und Kulturarbeit, von Museen und Gedenkstätten, Lehrerinnen und Lehrer, Mittler der historisch-politischen Bildungsarbeit sowie Medienvertreter, um sich während der Geschichtsmesse über Themen der deutsch-deutschen Geschichte im europäischen Kontext auszutauschen.

Alle Informationen zu Anmeldung, Programm, Projektvorstellungen und der Möglichkeit, die Veranstaltung im Rahmen einer Fortbildung zu besuchen, finden sich unter www.geschichtsmesse.de. Als Ansprechpartnerin steht Ihnen Elena Alzate telefonisch unter (030) 319 895 203 oder per E-Mail unter geschichtsmesse@stiftung-aufarbeitung.de gern zur Verfügung.

Anmeldungen sind bis zum 15. Februar 2013 möglich.
Der Tagungsbeitrag beträgt 150 Euro pro Person. Darin enthalten sind zwei Übernachtungen im Einzelzimmer sowie Speisen und Tischgetränke während der Tagung. Fahrtkosten werden nicht erstattet.

BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG

Polnisches Buch des Jahres 2012

Der Publizist Dieter Schenk, langjähriges Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., hat, nachdem er 2011 als erster Deutscher mit dem polnischen Ehrenpreis „Kustos des Nationalen Gedenkens“ ausgezeichnet wurde, in Polen einen weiteren wichtigen Preis erhalten. Seine Publikation „Der Lemberger Professorenmord und der Holocaust in Ostgalizien“, die auch auf polnisch erschienen war, wurde nun zum historischen Buch des Jahres 2012 in Polen gekürt. Der Preis ist mit 5000 Euro dotiert und wird jährlich vom polnischen Fernsehen, dem polnischen Rundfunk und dem Institut des Nationalen Gedenkens vergeben. Eine Jury, der zehn Geschichtsprofessoren angehörten, wählte Schenks Buch aus über hundert geprüften Neuerscheinungen aus.

Dieter Schenk (links) bei der Ehrung mit dem Preis „Historisches Buch des Jahres 2012“ in Polen im Konzertsaal des polnischen Rundfunks in Warschau. Foto: Polskie Radio

Siegfried Vergin gestorben

Verstarb am 5. November 2012: Siegfried Vergin. Foto: Familie Siegfried Vergin

Am 5. November 2012 starb unser langjähriges Vorstandsmitglied Siegfried Vergin im Alter von 79 Jahren.

Siegfried Vergin, 17. März 1933 in Freienwalde/Pommern geboren, arbeitete ab1955 als Lehrer in Rostock und floh aufgrund seiner oppositionellen Einstellung zum DDR-Regime1955 in den Westen. Er arbeitete in Mannheim als Lehrer und wurde1968 Rektor der Friedrichsfeldschule. Ab 1976 war er 15 Jahre lang hauptamtlicher Landesvorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Baden-Württemberg. Für die SPD im Wahlkreis Mannheim-Nord saß er von 1993 bis 2000 im Deutschen Bundestag. Als Bundestagsabgeordneter war er stellvertretender Vorsitzender der Enquete-Kommission zur Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der Deutschen Einheit. Neben seiner Vorstandstätigkeit bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. war Siegfried Vergin Vizepräsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft

Geprägt von seinen Erfahrungen in den beiden deutschen Diktaturen machte Siegfried Vergin den Kampf gegen jegliche Form von Extremismus und das entschiedene Eintreten für Demokratie und Rechtstaatlichkeit zu seiner Lebensaufgabe.

„Wer in der Demokratie schläft, wacht in der Diktatur auf“

Zum Tod von Hans Bonkas

Klaus Müller

Am 7. November 2012 ist Hans Bonkas in seinem Haus in Bergen-Enkheim bei Frankfurt/Main im Alter von 91 Jahren verstorben. Bis zuletzt war er hellwach und plante historisch-politisch ausgerichtete Fahrten mit Jugendlichen nach Berlin, Halle und Leipzig.

Viele waren in die Trauerhalle seiner Heimatgemeinde gekommen, um ihm die letzte Ehre zu erweisen – an der Spitze der Vorsitzende der SPD, Sigmar Gabriel, begleitet u.a. vom hessischen SPD-Vorsitzenden Thorsten Schäfer-Gümbel. Neben Vertreterinnen und Vertretern von Jugendeinrichtungen und Schulen, mit denen Hans Bonkas kooperiert hatte, waren auch kleine Delegationen der Bundeswehr anwesend. Die FRAPORT wurde repräsentiert durch den früheren Arbeitsdirektor Herbert Mai, mit dem Hans Bonkas seit Jahrzehnten ein besonders enges Verhältnis gepflegt hatte, und dem Leiter der Abteilung Berufsbildung, Wolfgang Hass.

Hans Bonkas war Ehrenmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie. Das bedeutete ihm viel. Die Organisation aber, der über Jahrzehnte hinweg sein Herz gehörte, war das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold – Bund aktiver Demokraten e.V.“, dessen Vorsitzender er über mehr als ein Jahrzehnt hinweg war – bei der Trauerfeier vertreten durch den neuen Bundesgeschäftsführer aus Berlin, Lucas Koppehl.

Als reisender Demokratielehrer unterwegs: Hans Bonkas. Foto: Klaus Müller

Geprägt durch sein sozialdemokratisches Elternhaus war Hans Bonkas schon 1932 als Elfähriger in das „Jungbanner“, der Jugendorganisation des Reichsbanners, eingetreten und hatte sich mit seinem Vater an Flugblattaktionen gegen die immer stärker werdende NSDAP beteiligt. Die Botschaft: „Wer Hitler wählt, wählt den Krieg“. Als junger Mann wurde Hans Bonkas in die Wehrmacht eingezogen und in Afrika schwer verwundet.

Nach dem Ende der NS-Barbarei widersetzte sich Hans Bonkas in der damaligen sowjetisch besetzten Zone – der späteren DDR – der Zwangsvereinigung von SPD und KPD. Er widerstand dem Stalinismus aus dem Untergrund heraus und schmuggelte für seine Freunde aus dem Ostbüro der SPD brisante Informationen. Am 3. März 1949, im Alter von 27 Jahren, wurde er vom KGB verhaftet und in das berüchtigte Haft- und Internierungslager „Roter Ochse" in Halle verschleppt, das bereits die Nazis als Folterstätte benutzt hatten und wo er unmenschlichen Einzelhaftbedingungen und nächtlichen Verhören ausgesetzt war.

Am 28. August 2008 – seinem 87. Geburtstag – erzählte Hans Bonkas einer größeren Schülergruppe an diesem Ort von dem Prozess, den ein sowjetisches Gericht ausschließlich in russischer Sprache, die er nicht verstand, gegen in führte. Hans wurde zum Tode wegen „Spionagetätigkeit" und „Verrat an der Arbeiterklasse" verurteilt. Die Strafe wurde später in 25 Jahre Zuchthaus umgewandelt. Er bezeichnete es als „Glück", dass er nicht nach Sibirien abtransportiert wurde sondern „nur" nach Bautzen, wo er einsitzen musste, bis er 1956 in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen durfte. „Bautzen" – so pflegte er oft genug zu sagen – „das war meine Universität".

Hans Bonkas mit Jugendlichen in der Gedenkstätte Roter Ochse in Halle am 28. August 2008. Foto: Dennis Riffel

In der BRD trat Hans Bonkas in den Justizdienst des Landes Hessen ein und wurde schließlich Leiter der Geschäftsstelle des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main. In dieser Funktion und als Vertrauensmann der Gewerkschaft ÖTV nahm er an vielen Abschlussprüfungen Jugendlicher teil und entwickelte sein Interesse an historisch-politischer Bildungsarbeit.

Diese „Erinnerungsarbeit" mit Jugendlichen ist ihm zum Lebensinhalt geworden. In über zwei Jahrzehnten brachte er die Ausstellung über das Reichsbanner, die die Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin erarbeitet hat und betreut, in die Schulen – und damit Wissen über die Weimarer Republik. Er organisierte Fahrten mit Jugendlichen und Auszubildenden an Gedenkorte des NS-Terrors und der Diktatur der SED – vor allem in Berlin. Hunderte von jungen Menschen aus allen Teilen der Bundesrepublik hatten die Chance, mit Hans Bonkas zu fahren und von ihm zu lernen. Die „Seminarstunden" mit ihm gehörten immer zu den Höhepunkten dieser Reisen. Hier trat den jungen Leuten zwar ein Mensch aus einer anderen Zeit gegenüber, aber alle spürten: was Hans zu sagen hatte, war authentisch, und es ging um etwas ganz Wichtiges: um die Frage, wie ein menschenwürdiges Leben möglich ist, es ging um Menschenrechte, die alle Diktaturen mit Füßen treten, und um Demokratie – meilenweit weg von blassen Schulbuchweisheiten. Unzählbar die vielen schriftlichen Rückmeldungen, die Hans von den jungen Leuten erhielt. In den letzten Jahren hat er erfolgreich auch Kooperationsseminare zwischen jungen Offizieren der Bundeswehr und Schülerinnen und Schülern organisiert.

Das Lebenswerk von Hans hat viele Ehrungen erfahren: Das Bundesverdienstkreuz wurde ihm am 10. November 2004 im Zusammenhang mit einer Berlinfahrt mehrerer Schulen aus verschiedenen Teilen Deutschlands in der hessischen Landesvertretung übergeben. Im Dezember 2009 erhielt er aus der Hand des stellvertretenden hessischen Ministerpräsidenten Jörg Uwe Hahn den Hessischen Verdienstorden – und die Stadt Frankfurt am Main ehrte ihn im Januar 2012 im Römer mit der Bürgermedaille für herausragendes ehrenamtliches Engagement.

Die Begegnung der jungen Menschen mit Hans Bonkas war aber nie nur eine sachlich-historisch-politische. Er hatte ein Interesse am Leben der jungen Leute, wollte wissen, was sie dachten. Im Zug nach Berlin setzte er sich immer zur einen oder anderen Schülergruppe, schnitt ein Thema aus der deutschen Geschichte an – es konnte auch das Mittelalter sein – und fragte die Schüler dann nach ihren Kenntnissen. Die staunten meistens nur – und das erst recht, wenn er in seinem hohen Alter freiweg den Faust zitierte. Sein Hauptthema war natürlich die Weimarer Republik. Vor allem auf Friedrich Ebert ließ er nichts kommen. Wer den ersten Präsidenten des demokratischen Deutschland kritisierte, war für ihn nicht wirklich geschichtskundig.

Die Familie hatte auf eine christlich geprägte Trauerfeier einen großen Wert gelegt. Und den Anwesenden wurde durch die Beiträge der Familie deutlich, dass Hans auch ein warmherziger und begeisterter Familienmensch war, der mit seiner ganzen Familie gerne große Reisen unternahm und stolz auf seine Enkel war.

Sigmar Gabriel wies in seiner Traueransprache darauf hin, dass mit Hans Bonkas einer der letzen sozialdemokratischen Zeitzeugen gegangen ist, der noch aus eigenem Erleben über beide Diktaturen auf deutschem Boden berichten konnte. Sein Leitspruch „Wer in der Demokratie schläft, wacht in der Diktatur auf", bleibe eine tägliche Mahnung an uns alle. „Wachsam bleiben, weil Demokratie nicht vom Himmel fällt und nicht ohne Anstrengung zu haben ist" – so könne man das Credo von Hans Bonkas in unsere heutige Sprache übersetzen.

Es ist an uns, in diesem Sinne seinem Vorbild nachzueifern.

Klaus Müller ist Koordinator der Sektion Südhessen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Kantstraße 79:
Frauen des Widerstandes zur NS-Zeit im Gerichtsgefängnis Berlin-Charlottenburg

Julia Wolrab

Barocke Fassaden, belebte Cafés und reges Treiben bestimmen das Bild der Charlottenburger Kantstraße. Zumindest auf den ersten Blick. Bekannt durch das Theater des Westens oder den Delphi-Filmpalast scheint die Straße auch heute noch eine bittersüße Vorstellung des einst avantgardistischen Lebens im „wilden Berliner Westen" der 1920er Jahre zu vermitteln.

Da verwundert es kaum, dass die wenigsten unter den Vorbeiziehenden um eine andere, eine dunklere Seite der Kantstraße wissen. Um etwas, das sich hinter ihren strahlenden Fassaden verbirgt: Im von der Straße aus nicht einsehbaren Innenhof der Hausnummer 79, dem ehemaligen Gerichtsgebäude, befindet sich das aus schlichten Verbundziegeln erbaute ehemalige Gerichtsgefängnis Berlin-Charlottenburg.

1897 als Untersuchungsgefängnis errichtet, wurde es 1939 zu einem reinen Frauengefängnis umgebaut. Die Zuständigkeit unterstand dabei nicht der Gestapo, sondern der Generalstaatsanwaltschaft des Kammergerichtes. Zwischen 1942 und 1945 waren hier vor allem Frauen des Widerstandes gegen das NS-Regime inhaftiert. Einige von ihnen, wie Mildred Harnack-Fish und Libertas Schulze-Boysen, waren Mitglieder der von den Nationalsozialisten als „Rote Kapelle" bezeichneten Widerstandsgruppe um den Luftwaffenoffizier Harro Schulze-Boysen und den Juristen Arvid Harnack.

Die Geschichte der inhaftierten und zum Teil in Berlin-Plötzensee ermordeten Frauen der Kantstraße 79 geriet nach 1945 schnell in Vergessenheit. Ihre Schicksale blieben unerzählt und im Dunkeln, fast so, als hätten sie die dicken Gefängnismauern nie verlassen. Das Gebäude selbst wurde noch bis 1985 zeitweilig als Gefängnis und Jugendarrestanstalt genutzt.

2009 erst konnte nach einer Begehung durch die Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg-Wilmersdorf, angeregt von dem Berliner Psychologen Karl Dürr, die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Geschichte des Gefängnisses beginnen.

Drei Jahre lang recherchierte Dürr gemeinsam mit einer Arbeitsgruppe des Museums Charlottenburg-Wilmersdorf in den noch vorhandenen Akten, um die Geschichte dieses Ortes rekonstruieren und die Lebensläufe möglichst vieler ehemaliger Inhaftierter sichtbar machen zu können. Von 22. Januar bis 19. November 2012 schließlich konnte in den historischen Räumen des ehemaligen Gerichtsgefängnisses die Ausstellung „Die Träume einzig blieben mir in meiner kahlen Zelle. Frauen des Widerstands im Gerichtsgefängnis Kantstraße 79" gezeigt werden.

Die Ergebnisse seiner Forschung hat Karl Dürr nun auch in einer mit zahlreichen historischen Aufnahmen und Originaldokumenten versehenen Broschüre versammelt. Sie ermöglicht nicht nur eine konkretere Vorstellung des Gefängnisalltags und des Lebens der inhaftierten Frauen, sondern lässt auch Einblicke in deren mutige Widerstandstätigkeiten zu. Die Publikation möchte durch die Würdigung des Ortes Kantstraße 79 die Erinnerung an den gesamten weiblichen Widerstand gegen den Nationalsozialismus lebendig halten.

Julia Wolrab ist Studentin des Masterstudiengangs Public History an der FU Berlin und studentische Mitarbeiterin von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Karl Dürr:
Frauen des Widerstandes zur NS-Zeit im Gerichtsgefängnis Berlin-Charlottenburg
Kantstraße 79, Berlin 2012.
51 Seiten

Zu beziehen über den Autor:
karlduerr@web.de

Ein Jahrhundertleben

Wolfgang Michalka

„Ich sah ihn und mein Herz stand still". Mit diesen Worten erinnert sich Freya Deichmann an ihre Begegnung mit ihrem späteren Ehemann: Helmuth James Graf von Moltke. Es war am Grundlsee im Salzkammergut, wo sie im Sommer 1929 ihr Bruder Hans, der in Wien studierte, in das internationale Jugendhaus „Seeblick" der Reformpädagogin Eugenie Schwarzwald („Fraudoktor") einführte. Dort traf sie Moltke.Der gerade mal 22jährige (Jg. 1907) war dabei, sein Studium der Rechtswissenschaften abzuschließen, als ihn sein Vater rief, um das heruntergewirtschaftete, in Schlesien gelegene Familiengut Kreisau zu sanieren. Die traditionsreiche Moltke-Familie hatte mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen.

Freya (Jg. 1911) selbst wuchs in einer reichen Familie in Köln auf. Allerdings fiel die väterliche Privatbank Deichmann & Co 1931 der Weltwirtschaftskrise zum Opfer. Die Schule beendete sie mit der Mittleren Reife. Eine zweijährige Hauswirtschaftslehre in Thüringen schloss sich an. Das Abitur holte sie nach, studierte Jura und promovierte 1936 sogar. Das 900 km von Köln entfernte, etwa 60 km westlich von Breslau gelegene Kreisau sollte zu ihrem Lebensmittelpunkt werden. Sie heirateten im Oktober 1931. Im Sommer 1934 besuchte das junge Ehepaar erstmals Südafrika, wo Moltkes Großeltern (mütterlicherseits) lebten. Im Sommer 1935 starb seine Mutter Dorothy, und die erst 24jährige Freya wurde Gutsherrin von Kreisau, während ihr Ehemann in Berlin als Jurist arbeitete. 1937 und 1941 wurde sie Mutter zweier Söhne. Sie wächst mit ihren Aufgaben. Er schätzt sie als seinen „Widerhall aus Kreisau".

Im September 1940 besucht das Ehepaar Moltke Marion Gräfin und Peter Graf Yorck zu Wartenberg auf ihrem nahe Breslau gelegenen Gut. Schon 1938 hatte Yorck begonnen, gleichgesinnte, regimekritische Freunde um sich zu scharen. Das war der Startschuss des Kreisauer Kreises. Neben Berlin kam es 1942/43 zu drei großen Treffen in Kreisau, an den etwa 20 bis 30 Personen teilnahmen. Unter ihnen waren Adam von Trott zu Solz, Carl Dieter von Trotha, Horst von Einsiedel, Adolf Reichwein, Eugen Gerstenmaier, Carlo Mierendorff und Julius Leber, also Gewerkschafter und Beamte, Sozialdemokraten und Konservative, Protestanten und Katholiken. „Kreisau war ein permanenter Dialog", wie Freya später feststellt. Gemeinsames Ziel war die „Überwindung des Systems im Ganzen", eine europäische Ordnung nach Hitler. Freya war von Anfang an über die Widerstandsaktivitäten ihres Mannes informiert und – wenn auch nur als Zuhörerin – involviert.

Weil er Bekannte vor drohender Verhaftung warnte, wurde Moltke im Januar 1944 selbst verhaftet. Aber erst nach dem 20. Juli rückte der Kreisauer Kreis ins Visier der Gestapo. Viele wurden verhaftet und oft nach Schauprozessen hingerichtet. So auch Moltke, der am 23. Januar 1945 in Plötzensee erhängt wurde. „Wir waren so ganz und gar davon überzeugt, dass wir das, was wir taten, tun mussten, dass wir sozusagen unser Soll erfüllten."

Beide Abschiedsbriefe zählen zu den ergreifendsten Zeugnissen dieser schrecklichen Zeit. Erst im Herbst verließ Freya mit ihren Kindern Kreisau, das sie erst 30 Jahre später wieder sehen sollte. Von 1947 bis 1956 lebten sie in Südafrika, dann bis 1960 in Deutschland. Moltke sollte nicht der einzige Mann in Freyas Leben bleiben. Es war Moltkes ehemaliger Lehrer, der bereits 1933 in die USA ausgewanderte renommierte Rechtshistoriker und Soziologe Eugen Rosenstock-Huessy, 23 Jahre älter und verheiratet, in den sie sich verliebte. Sie wurde von ihren Gefühlen „buchstäblich überrumpelt."

Im September 1960 zog sie – Huessys Frau war ein Jahr zuvor an einem Krebsleiden gestorben – nach Norwich/Vermont, wo sie fast 50 Jahre – auch nach Husseys Tod im Jahre 1973 – lebte. 1986 nahm sie die amerikanische Staatsbürgerschaft an.

Sie verstand sich als Erbin zweier „querliegender", sich durchaus ergänzender Männer. Sie ordnete den Nachlass von Huessy und veröffentlichte Moltkes Korrespondenz sowie auch ihre eigenen Erinnerungen an die gemeinsame Zeit. 1976 besuchte sie erstmals Kreisau/Krzyzowa, das sich als polnisches Staatsgut in einem miserablen Zustand befand. Anfang November 1989, nur wenige Tage nach dem Fall der Berliner Mauer, trafen sich die Regierungschefs Helmut Kohl und Tadeusz Mazowiecki zu einer Versöhnungsmesse in Kreisau. Damit fanden unterschiedliche Initiativen ihren krönenden Abschluss. Kreisau wurde vor allem mit deutscher Unterstützung aufwendig restauriert und als Internationale Jugendbegegnungsstätte ausgebaut. Freya selbst hielt sich im Hintergrund. „Wir Moltkes kommen erst nach Kreisau, wenn uns die Polen einladen." Das ließ nicht lange auf sich warten. 2004 wurde unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten die Freya von Moltke-Stiftung für Neu Kreisau gegründet.

Kreisau wurde ihr „Lebensgeschenk". Der Kreis hatte sich geschlossen. Freya starb fast hundertjährig am 1. Januar 2010. Ein lesenswertes Buch über eine faszinierende Frau.

Frauke Geyken:
Freya von Moltke.
Ein Jahrhundertleben
1911-2010
(BSR 6023), 2. Aufl.,
Verlag C.H. Beck
München 2012
ISBN 978-3-406-63023-1
288 Seiten
12.95 Euro

Prof. Dr. Wolfgang Michalka leitete bis 2006 die Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte in Rastatt, eine Außenstelle des Bundesarchivs, und ist Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Literatur und Politik
Ein deutsches Verhängnis?

Andreas H. Apelt

Geist und Macht – eine deutsche Literaturgeschichte von 1914 bis heute. So oder ähnlich könnte Günther Rüthers Buch „Literatur und Politik – Ein deutsches Verhängnis?" überschrieben werden. Der an der Universität Bonn lehrende Autor, hat sich damit an ein Thema gewagt, das im letzten Jahrhundert die deutsche Geistes- und Kulturgeschichte über Gebühr strapazierte. Schon allein wegen der politischen Implikationen gilt es bis heute als ein vermintes Gelände. Doch gerade dies macht die Spannung des Themas aus.

Rüther scheint diese Vorbelastung nicht zu schrecken, auch nicht die vorhandene Literatur, die das Verhältnis oder Nicht-Verhältnis von Politik und Intellektuellen beschreibt. Bewusst stellt er die Literatur in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen und schlägt einen Bogen, der von Thomas Manns „Betrachtungen eines Unpolitischen" bis zu Uwe Tellkamps „Der Turm" reicht. Dabei scheint sich der Autor vom schönen Satz Armin Müller-Stahls leiten zu lassen: „Politik und Kultur haben schon immer eine Ehe geführt, gelegentlich eine intakte." Rüther identifiziert drei Themenkomplexe, die im literaturgeschichtlichen Exkurs ihre Berechtigung haben. Im ersten Kapitel erläutert er, die oft widersprüchliche Sicht eines der literarischen Chronisten der Epoche Thomas Manns. Seine Rückschau auf das Kaiserreich und sein Ende, die Weimarer Republik und die Politisierung des Literarischen, den Nationalsozialismus und die deutsche Katastrophe bis hin zu den zwei deutschen Neuanfängen mitten im Kalten Krieg stehen für eine die Epoche bestimmende, weit reichende politische Orientierung, aber auch Orientierungslosigkeit Intellektueller.

Im zweiten Komplex porträtiert Rüther namhafte Schriftsteller, deren Haltungen und Befindlichkeiten gegenüber der zweiten deutschen Diktatur, exemplarisch für viele ihrer Zeitgenossen stehen. Der Übergang von der einen zur anderen Diktatur wird dabei vor allem an den Erfahrungen von Franz Fühmann und Johannes Bobrowski deutlich, die nicht nur die DDR-Literatur nachhaltig prägten.

Im dritten Teil beleuchtet Rüther das Verhältnis der Schriftsteller zur Politik unter ganz unterschiedlichen Vorzeichen. Der Exkurs wird räumlich auf die alte Bundesrepublik ausgedehnt. Im Westen macht sich, zwar unter anderen Vorzeichen, erst eine gewisse Abstinenz gegenüber politischen Einflussnahmen breit, doch spätestens seit Beginn der 1960er Jahre ist die Politisierung der Literatur ausgemachtes Programm. Verbunden ist dies mit den Namen von Martin Walser, Rolf Hochhuth und Hans Werner Richter. Aber mehr noch Günter Grass, der besonders laut und anhaltend ins sozialdemokratische Wahlkampfhorn blies und für Willy Brandt sogar Wahlkampfreden hielt.

Rüthers Untersuchungen reichen bis in die Gegenwart. Besonders verdienstvoll sind die Analysen zur Haltung ost- wie westdeutscher Schriftsteller zum Thema Wiedervereinigung. Spätestens jetzt holten die Realität und damit die Politik jeden Autor ein. Mit Blick auf die Gegenwart konstatiert Rüther abschließend geradezu versöhnlich: „Die in der deutschen Geschichte wurzelnden Vorbehalte und Verhaltensmuster, die über zwei Jahrhunderte nicht nur tradiert, sondern auch kultiviert wurden, sind überwunden worden." Und doch warnt er vor dem „wieder Aufbrechen", wenn „die Macht den Dialog mit dem Geist vernachlässigt, oder umgekehrt." Dem ist nichts hinzuzufügen.

Günther Rüther hat eine umfassende Untersuchung vorgelegt, die nicht nur für Zeit- und Literaturhistoriker von größtem Interesse ist. Er hat es verstanden, Schriftsteller in ein Beziehungsgeflecht zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Wunsch und Wirkung zu verweben. Herausgekommen ist eine umfassende literaturgeschichtliche Analyse und ein souverän geschriebenes Buch.

Günther Rüther
Literatur und Politik
Ein deutsches Verhängnis?
Göttingen:
Wallstein Verlag 2013
lieferbar ab Januar 2013
ISBN: 978-3-8353-1233-3
352 Seiten
24,90 Euro

Andreas H. Apelt ist Bevollmächtigter des Vorstands der Deutschen Gesellschaft e.V. und Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Buchempfehlungen

Feste, Geburtstagskarten (und Porträts) im KZ Erzingen 1944/1945, angefertigt von Nacht-und-Nebel-Häftlingen

Von August 1944 bis Februar 1945, also fast während der ganzen Zeit des Bestehens, fertigten Häftlinge im KZ Erzingen Zeichnungen und Porträts zu Geburtstagen von Mithäftlingen, zu Festen des Jahresendes und als Dank für Hilfe von außerhalb des Lagers an.

Die besonderen personellen Konstellationen, die diese einmaligen, außergewöhnlichen Kleinkunstwerke ermöglichten, die Menschen, die an diesen Interaktionen beteiligt waren, die Texte und Bilder selbst sowie deren Bedeutung für die Situation dieser Gefangenen des Konzentrationslagers werden hier vorgestellt, untersucht und kommentiert.

1997 legte Immo Opfermann ein 116-seitiges Heft über das Unternehmen „Wüste“ vor, das als Leitfaden- und Materialienheft die Ausstellungen in der Baracke des Oberschulamtes Tübingen 1997 und im Lichthof des DGB-Hauses in Stuttgart 2001 begleitete und ergänzte. Diese Publikation ist heute noch grundlegend für das Verständnis der Ölschieferwerke und Konzentrationslager entlang der Bahnlinie Tübingen-Rottweil, in denen über 12.000 Häftlinge von September 1944 bis zum Kriegsende für den „Endsieg“ des NS-Regimes schuften mussten. Über 3.500 Häftlinge starben in den Lagern am Albtrauf.

Im nun vorgelegten Heft beschäftigt sich Immo Opfermann speziell mit dem KZ Erzingen und dabei in erster Linie mit dem Erstellen von Geburtstags- und Glückwunschkarten von Häftlingen für Häftlinge und von Dankeskarten von Häftlingen für Ingeborg Ziebarth, einer im KZ-Zeichenbüro arbeitenden Übersetzerin, die trotz strengsten Strafandrohungen mit den Gefangenen engen Kontakt aufnahm und Freundschaften schloss. Sie unterstützte die Häftlinge unter großer Gefahr, schmuggelte Lebensmittel ins Lager und Papiere der Häftlinge aus dem Lager. Als Ausdruck des Dankes entstanden im Zeichenbüro eindrucksvolle Porträts von Ingeborg Ziebarth und ihrem gefallenen Bruder.

Von größter Intensität sind die Porträts, die von den drei wichtigsten Funktionshäftlingen im Lager gemacht wurden, dem Blockältesten der Holländer, Bernard Hemmer, dem Lagerältesten Jan Albertus Cleton und dem Arzt Dr. Léon Boutbien. Sie zeigen die künstlerische Begabung von Julien Lievevrouw, der diese Porträts mit einfachsten Mitteln herstellte, und sie geben ein viel intensiveres Abbild dieser Männer, als es je ein Foto hätte liefern können.

Diese Porträts werden ergänzt durch zahlreiche Glückwunschkarten zu Geburtstagen oder Festtagen, die als Zeichen der gegenseitigen Solidarität und Wertschätzung entstanden, und die viele versteckte Informationen über den Lageralltag enthalten, die uns Immo Opfermann entziffert.

Die meisten Karten sind voller Humor und spiegeln den Überlebenswillen und die Überlebensstrategien der Häftlinge wider. Es sind kleine Kunstwerke der Menschlichkeit, die belegen, dass Funktionshäftlinge nicht in jedem Fall Handlager des NS-Regimes waren, sondern auch Lebensretter und Lebenserhalter sein konnten – die drei Porträtierten in Erzingen waren dies auf jeden Fall.

Immo Opfermann verdient großen Dank für die über mehrere Jahre dauernde Sammlung der Karten, Porträts und Dokumente und deren Interpretation in diesem Heft, das auch als Katalog für eine gleichnamige Ausstellung dient, die im Frühjahr/Frühsommer 2013 Reproduktionen der Karten und Porträts in Originalgröße vorstellen wird.

Immo Opfermann
Feste, Geburtstagskarten (und Porträts) im KZ Erzingen 1944/1945, angefertigt von Nacht-und-Nebel-Häftlingen
Schriftenreihe des Vereins KZ Gedenkstätte Hailfingen/Tailfingen e. V.
Heft 3
6 Euro

Zu beziehen durch Volker Mall:
mall.herrenberg@gmx.de
(Sektion Böblingen-Herrenberg-Tübingen)

Freigekauft – Der DDR-Menschenhandel

Ein Gemeinschaftsprojekt von BILD und Deutsche Gesellschaft e.V.

Bis zum Fall der Berliner Mauer 1989 hielt der als „Häftlingsfreikauf“ titulierte Menschenhandel mit politischen Gefangenen aus der DDR an. Rechtzeitig zum 50. Jubiläum dieses „Handels“ im Rahmen der so genannten humanitären Bemühungen im geteilten Deutschland veröffentlichte die BILD-Zeitung zusammen mit der Deutschen Gesellschaft e. V. den reich ausgestatteten Bild-Textband „Freigekauft“. Sein Untertitel „Der DDR-Menschenhandel“ verrät, um was es hier geht: Das Buch beschreibt den Freikauf von über 33.000 politischen Häftlingen aus den größtenteils menschenunwürdigen Haftanstalten in der DDR durch die Bundesrepublik Deutschland.

Bewegende Zeitzeugenberichte, die mit bisher noch unveröffentlichten Geheimdokumenten sowie teils seltenen Fotografien illustriert wurden, erzählen für die heutigen Leser von unfassbaren Schicksalen der Menschen, die nicht nur ausreisewillig waren, sondern auch jener, die nur deshalb eingesperrt wurden, weil sie „staatsfeindliche“ politische Witze erzählt hatten und daraufhin vielfach denunziert wurden. Es blieb nicht aus, dass die DDR-Geschäftemacher für Devisen ausreisewillige Menschen nur deshalb einsperrten, damit sie für die Transaktion „Geld gegen Freiheit“ zur Verfügung standen. Auf dem Höhepunkt der Häftlingsfreikäufe betrug der Preis pro Häftling nahezu 100.000 DM.

Neben dem Freikauf der politischen Gefangenen in der Zeit von 1963 bis zur Friedlichen Revolution im Herbst 1989 schildern die Autoren Andreas H. Apelt, Ralf Georg Reuth und Hans-Wilhelm Saure den Kampf um die Zusammenführung von Familien. Noch nach dem Mauerbau 1961 wurden über 2000 Kinder von ihren Eltern u. a. dadurch getrennt, dass die Erwachsenen die DDR ohne ihren „Nachwuchs“ verließen und aus Sicht der SED-Justiz damit „Republikflucht“ begangen hatten.

In dem über 200 Seiten umfassenden Band informieren die Historiker und Journalisten über die Ursprünge und geschichtlichen Hintergründe des Menschenhandels. Während des mehr als 26 Jahre praktizierten Freikaufs flossen rund 3,5 Milliarden D-Mark von West nach Ost und füllten die Devisenkasse des SED-Regimes.

In seinem Vorwort betont der Herausgeber Kai Dieckmann, BILD-Chefredakteur, dass das Buch einen Beitrag dazu leisten möge, „die Erinnerung an den Freikauf und damit an die zweite deutsche Diktatur wach zu halten“ und er hofft zugleich, dass mit dem vermittelten Wissen über die Unfreiheit ein bewusstes Eintreten für den Wert der Freiheit einhergeht.

Die Deutsche Gesellschaft e. V. als Projektpartner ist der erste nach dem Fall der Mauer gegründete gesamtdeutsche Verein. Er wurde am 13. Januar 1990 von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus Ost und West mit dem Ziel gegründet, die Teilung zu überwinden und das Miteinander in Deutschland und Europa zu fördern. Mit über 500 Veranstaltungen der politischen und kulturellen Bildungsarbeit jährlich gehört die Deutsche Gesellschaft zu den aktivsten überparteilichen Vereinigungen Deutschlands.

BILD/Kai Dieckmann:
„Freigekauft – Der DDR-Menschenhandel“
Verlag: Piper
208 Seiten, Halbleinen
ISBN 978-3-492-05556-7
17,99 Euro

Gegen Vergessen
Für Demokratie e.V.

BEITRITTSERKLÄRUNG

Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zum Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Stauffenbergstr. 13-14, 10785 Berlin. (Tel. 030-2639783, Fax. 030-26397840)

Ich bin einverstanden, dass
- meine Mitgliedschaft vom Vorstand bestätigt werden muss,
- meine Daten vereinsintern gespeichert und verwendet werden dürfen.

☐ Ich zahle den Jahresbeitrag in Höhe von 80 € (ermässigt 30 €)

☐ Statt dem Jahresbeitrag von € 80 (ermässigt € 30) zahle ich bis zum Widerruf freiwillig den Jahresbeitrag in Höhe von

☐ 100 ,00 € ☐ 150,00 € ☐ 200,00 € ☐ 300,00 € ☐ _____, 00 €

☐ Den o.a. Jahresbeitrag wollen sie gemäss der anhängenden Einzugsermächtigung von meinem Konto abbuchen

☐ Den o.a. Jahresbeitrag werde ich überweisen

Name: _____ Vorname: _____

Straße: _____ PLZ, Ort: _____

Geburtsdatum: _____ email: _____

Telefon (p.) : _____ Fax : _____

Beruf / Funktion : _____

Telefon (d.): _____ Fax: _____

Verein / Verband etc.:

_____

Ich bin an folgenden Arbeitsbereichen / Themen interessiert:

_____

Ort, Datum, Unterschrift: _____

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige(n) ich (wir) Sie widerruflich, die von mir/uns zu entrichtenden Zahlungen der Mitgliedsbeiträge für den Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ e.V. zu Lasten des

Kontos Nr.: _____ BLZ: _____

bei (genaue Bezeichnung der Bank) : _____

Konto-Inhaber(in): _____

mittels Lastschrift einzuziehen.

Wenn mein/unser Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

Ort, Datum, Unterschrift: _____

Veranstaltungen

Donnerstag, 14. Februar 2013,	Was geschah mit dem Eigentum der Juden im Wolfhagener Land? Vortrag von Ernst Klein und Hans-Peter Klein 19.30 Uhr, Sitzungssaal im Alten Rathaus, Wolfhagen, Kirchplatz 1 Eine Veranstaltung des Arbeitskreises Rückblende Gegen das Vergessen e.V. und der RAG Nordhessen-Südniedersachsen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.
Donnerstag, 14. Februar 2013	Reihe „80 Jahre Bücherverbrennung"; 19.00 Uhr Gedenkstätte Steinwache, Steinstraße 50, 44147 Dortmund veranstaltet von: Steinwache Dortmund und Regionale Arbeitsgruppe Östliches Ruhrgebiet von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.
Samstag, 16. Februar 2013	Stolpersteine-Putzaktion in der westlichen Karlsruher Innenstadt 15.00 Uhr - Treffpunkt: Reinhold-Frank-Straße Ecke Bismarckstraße vor Haus Solms Initiiert von der Sektion Nordbaden von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.
Sonntag, 17. Februar 2013	Winter in Griechenland - Griechenland und der Holocaust 17 Uhr, Seminarram Rathaus Tailfingen Ein Vortrag von Prof. Dr. Christoph Schminck-Gustavus (Bremen). Jiddische Lieder von Volker Mall. Eine Veranstaltung der Gedenkstätte KZ Außenlager Hailfingen-Tailfingen mit Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V. in Kooperation mit der deutsch-griechischen Gesellschaft Tübingen.
Dienstag, 19. Februar 2013	Der Judenretter Feldwebel Anton Schmid. Vortrag von Prof. Dr. Wolfram Wette 19.30 Uhr Katholische Akademie, Wintererstr. 1, Freiburg Veranstalter: Katholische Akademie Freiburg und Sektion Südbaden von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Leitung: Monika Rappenecker (Katholische Akademie), Wolfgang Dästner (Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.)
Mittwoch, 23. Februar 2013	Treffen der Mitglieder der RAG Augsburg 19.30 Uhr AWO-Sozialzentrum Hammerschmiede, Marienbader Straße 29a
Sonntag, 24. Februar, 19 Uhr	„An allem sind die Juden schuld" Renate und Roland Häusler singen Chansons und Schlager jüdischer Komponisten. Kulturladen (Wolfhagen, Triangelstr. 19) Eine Veranstaltung der RAG Nordhessen-Südniedersachsen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., der Stadt Wolfhagen und des Vereins Rückblende Gegen das Vergessen e.V.
Mittwoch, 27. Februar 2013	19.30 Uhr, Augustana-Saal des Evangelischen Forums Annahof, Annahof 4, 86150 Augsburg Lesung von Niklas Frank aus seinen Büchern „Mein Vater" und „Meine Mutter". Eine schonungslose Abrechnung des Sohnes überzeugter nationalsozialistischer und antisemitischer Eltern. Veranstaltung der Regionalen Arbeitsgruppe Augsburg-Schwaben von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. in Kooperation mit dem Evangelischen Forum Annahof, der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit und dem Forum für Interkulturelles Leben und Lernen.
Donnerstag, 28. Februar, 18Uhr	„Kinderblock 66 – Return to Buchenwald" Im Anschluss an die Filmvorführung spricht der Zeitzeuge Pavel Kohn mit dem Publikum. International Tracing Service (ITS) (Schlosstraße 10, 34454 Bad Arolsen) Einführung und Moderation: Kathrin Flor, Pressesprecherin des ITS International Tracing Service (ITS) (Schlosstraße 10, 34454 Bad Arolsen) Eine Veranstaltung des International Tracing Service (ITS) mit dem Arbeitskreis Rückblende ¬Gegen das Vergessen und der RAG Nordhessen-Südniedersachsen Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.
Donnerstag, 28. Februar 2013	Stolpersteine-Putzaktion in der Karlsruher Südstadt, Oststadt und Nordstadt, 15.00 Uhr - Treffpunkt: „Zwischen Liebe und Zorn". Erzählabend mit Songs und unveröffentlichten Videos von und mit Christian KUNO Kunert (RENFT / PANNACH & KUNERT) 19.00 Uhr Veranstaltungssaal der „Flohburg – Das Nordhausen Museum", Barfüßerstraße 6, 99734 Nordhausen Eine Veranstaltung der Regionalen Arbeitsgruppe Thüringen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., der Thüringer Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und der Stadt Nordhausen.

Vorstand

Vorsitzender
Wolfgang Tiefensee MdB

stellv. Vorsitzende
Eberhard Diepgen
Prof. Dr. Bernd Faulenbach
Cornelia Schmalz-Jacobsen

Schatzmeister
Bernd Goldmann

Schriftführer
Dr. Ulrich Mählert

Ekin Deligöz MdB
Dr. Alfred Geisel
Prof. Dr. Johannes Tuchel

Dieter Althaus
Dr. Andreas H. Apelt
Erik Bettermann
Prof. Dr. Friedhelm Boll
Wolfgang Bosbach MdB
Tilo Braune
Prof. Dr. Hansjörg Geiger
Iris Gleicke MdB
Kerstin Griese MdB
Reinhard Grindel MdB
Dr. Norbert Haase
Christoph Heubner
Dr. Werner Jung
Prof. Dr. Alfons Kenkmann
Birgit Kipfer
Prof. Dr. Volkhard Knigge
Dr. h.c. Charlotte Knobloch
Hannelore Kohl (Greifswald)
Dr. Anja Kruke
Uta Leichsenring
Markus Löning
Wolfgang Lüder
Winfried Nachtwei
Prof. Dr. Kurt Nemitz
Dr. Maria Nooke
Dr. Friedbert Pflüger
PD Dr. Ernst Piper
Ulrike Poppe
Prof. Dr. Günther Rüther
Prof. Dr. Klaus G. Saur
Dieter Schulte
Dr. Max Stadler MdB
Lala Süsskind
Lothar Tautz
Linda Teuteberg MdL
Prof. Dr. h.c. Josef Thesing
Arnold Vaatz MdB
Ernst-Jürgen Walberg
Prof. Dr. Gert Weisskirchen

Beirat

Vorsitzende
Prof. Dr. Rita Süssmuth

Prof. Dr. Hubert Burda
Rainer Braam
Dr. Thomas Goppel
Prof. Dr. Berthold Leibinger
Dr. h.c. Max Mannheimer
Friedrich Schorlemmer
Walther Seinsch
Barbara Stamm MdL
Dr. Monika Wulf-Mathies

Geschäftsführer
Dr. Michael Parak

Ehemalige Vorsitzende
Dr. h.c. Joachim Gauck (2003-2012)
Dr. h.c. Hans Koschnick (2000-2003)
Dr. Hans-Jochen Vogel (1993-2000)

Impressum

Herausgegeben von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Stauffenbergstraße 13-14, 10785 Berlin
Telefon (0 30) 26 39 78-3, Telefax (0 30) 26 39 78-40, info@gegen-vergessen.de, www.gegen-vergessen.de
Bankkonto: Sparkasse KölnBonn, Konto-Nr. 85 51 707, BLZ 370 501 98

Redaktion: Dr. Dennis Riffel, Liane Czeremin, Dr. Michael Parak (V.i.S.d.P.)
Fotonachweis:
Conny Baeyer, Angelika Calmez, Matthias Cantow/Wikipedia, Gemeinde Königsbronn, HR/Hans-Peter Klein, Image Bank WW2 / Netherlands Institute for War documentation, ITS Bad Arolsen, Kastner Pichler Architekten, Bernhard Lehmann, Klaus Müller, Polskie Radio, Dennis Riffel, Wolfgang Sannwald, Berndt Steincke, Dirk Urban, Familie Siegfried Vergin, Rebecca Wolf, Ruth Wunnicke, Katinka Zeuner, Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Die Herausgabe dieser Zeitschrift wurde gefördert durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.
Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Augsburg – Schwaben
Sprecher:
Dr. Bernhard Lehmann
Haydnstraße 53
86368 Gersthofen
Tel. 0821/497862
bernhard.lehmann@gmx.de

Baden-Württemberg
Sprecher: Dr. Alfred Geisel
Eduard-Steinle-Straße 23
70619 Stuttgart
Tel.: 07 11 – 47 83 26
alfredgeisel@gmx.de

Sektion Böblingen-Herrenberg-Tübingen
Koordinatorin:
Birgit Kipfer
Krebsbachstr. 34
71116 Gärtringen-Rohrau
Tel.: 0 70 34 – 92 96 83
Fax: 0 70 34 – 92 96 85
kipfer.rohrau@t-online.de

Sektion Nordbaden
Koordinatorin:
Dr. Andrea Hoffend
Helmholtzstr. 13
76153 Karlsruhe
Tel.: 01 60 – 97 05 75 23
andrea.hoffend@t-online.de

Sektion Südbaden
Koordinator:
Wolfgang Dästner
Bleichestr. 11
79102 Freiburg
Tel.: 07 61 – 3 53 99
wdaestner@gmx.de

Berlin-Brandenburg
Sprecher: Dr. Benno Fischer
Bismarckstraße 99
10625 Berlin
Tel./Fax: 0 30 – 3 24 22 78
benno-fischer@t-online.de

Hamburg
Sprecher: Hans-Peter Strenge
Baron-Voght-Straße 89 G
22609 Hamburg
Tel.: 0 40 – 82 16 35
h.p.strenge@gmx.de

Hannover
Sprecher:
Prof. Dr. Joachim Perels,
Albrecht Pohle
Sprecher: Wilfried Wiedemann
Wallstraße 6
31582 Nienburg
Tel.: 0 50 21 – 54 27
wiedemann.nienburg@web.de

Ingolstadt
Sprecherin:
Monika Müller-Braun
Gratzerstraße 47
85055 Ingolstadt
Tel./Fax: 08 41 – 92 08 41

Mecklenburg-Vorpommern
Sprecher:
Prof. Dr. Matthias Pfüller
Jungfernstieg 8
19053 Schwerin
Tel.: 03 85 – 79 68 31
Fax: 03 85 – 7 58 73 13
pfueller@hs-mittweida.de

Mittelhessen
Sprecherin: Monika Graulich
Lärchenwäldchen 2
35394 Gießen
Tel./Fax: 06 41 – 4 57 38
mgraulich@t-online.de

Mittelrhein
Sprecherin:
Dr. Ursula Bitzegeio
Im Krausfeld 14
53111 Bonn
Tel.: 02 28 – 26 14 29
ursula.bitzegeio@fes.de

München
Sprecherin: Ilse Macek
c/o Münchner
Volkshochschule
Kulturzentrum Gasteig
Kellerstr. 6
81667 München
Tel.: 0 89 – 31 81 15 13
Fax: 0 89 – 31 81 15 25
ilse.macek@mvhs.de

Niederrhein
Sprecher: Ferdinand Hoeren
c/o Theo-Hespers-Stiftung e.V.
Bismarckstraße 97
41061 Mönchengladbach
Tel./Fax: 0 21 61 – 20 92 13

Nordhessen-Südniedersachsen
Sprecher: Ernst Klein
Benfelder Straße 21
34471 Volkmarsen
Tel.: 0 56 93 – 9 91 -49 90
Fax: 0 56 93 – 9 91 -49 91
ernstwklein@web.de

Nordostbayern
Sprecher:
Dr. Alexander Schmidt
Goldweiherstr. 16
90480 Nürnberg
Dr. Jörg Skriebeleit
c/o: KZ-Gedenkstätte
Flossenbürg
Gedächtnisallee 5-7
92696 Flossenbürg
Tel.: 0 96 03 – 90 39 00
Fax: 0 96 03 – 9 03 90 99
information@gedenkstaette-flossenbuerg.de

Oldenburg-Ostfriesland
Sprecher:
Werner Vahlenkamp
Westeresch 2
26125 Oldenburg
Tel.: 04 41 – 3 68 52
karin.vahlenkamp@t-online.de

Östliches Ruhrgebiet
Sprecher: Hans G. Glasner
Häuskenweg 4
44267 Dortmund
Tel.: 02 31 – 46 16 66
hgglasner@t-online.de

Rhein-Main
Sprecher:
Andreas Dickerboom
Kreutzerstraße 5
60318 Frankfurt a.M.
Tel.: 0 69 – 59 67 36 87
rhein-main@gegen-vergessen.de

Koordinatorin für Rheinland-Pfalz:
Geesche Hönscheid
Südring 98
55128 Mainz
Tel.: 0 61 31 – 63 28 48
Fax: 0 61 31 – 9 72 86 01
g.hoenscheid@t-online.de

Sektion Südhessen
Koordinator:
Klaus Müller
Gundhofstraße 22
64546 Mörfelden-Walldorf
Tel.: 0 61 05 – 94 62 50
Fax: 0 61 05 – 94 62 52
klausmueller-walldorf@t-online.de

Rhein-Ruhr West
Sprecher:
Dr. Günther Neumann
Haroldstraße 45
47057 Duisburg
guenther_neumann@gmx.de
Tel.: 0203 372688

Koordination:
Wolfgang Braun
Johanniterstraße 13
47053 Duisburg
elke_und_wolfgang.braun@t-online.de
Tel.: 0203/662090

Saar-Pfalz-Hunsrück
Sprecher: Armin Lang
c/o: Adolf-Bender-Zentrum e.V.
Gymnasialstraße 5
66606 St. Wendel
Tel.: 0 68 51 – 80 82 790
Funk: 0171 – 520 26 76
Fax: 0 68 51 – 80 82 799
mail@armin-lang.de

Sachsen
Sprecher:
Prof. Dr. Christoph Meyer
Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung
Kamenzer Straße 12
01099 Dresden
Tel.: 0351 – 804 02 20
christoph.meyer@hs-mittweida.de

Sachsen-Anhalt
Sprecher: Lothar Tautz
Kantorstraße 4
06577 Heldrungen
Tel.: 03 46 73 – 79 97 34
Funk: 0175 – 592 55 46
Fax: 03 46 73 – 79 97 35
info@lothartautz.de

Schleswig-Holstein
Sprecher: Rolf Fliegner
Albert-Schweitzer-Straße 19 A
23879 Mölln
Tel.: 0 45 42 – 8 79 68
cundrflmoe@web.de

Thüringen
Sprecherin: Kati Bothe
Grimmelallee 12
99734 Nordhausen
Tel.: 01 74 – 2 09 43 53
Fax: 0 36 31 – 47 68 23
kabonodi@email.de

Unterweser-Bremen
Sprecher: Reinhard Egge
Grüne Straße 29 A
27721 Ritterhude
Tel.: 0 42 92 – 40 90 56
Fax: 0 42 92 – 40 90 57
Sprecher: Konrad Kunick
Günther-Hafemann-Str. 28
28327 Bremen

Westfalen
Sprecher: Horst Wiechers
Nordstraße 13
48149 Münster
Tel.: 02 51 – 1 62 71 15
WiechersH@stadt-muenster.de

Sektion Bielefeld
Koordinator:
Hans-Georg Pütz
Am Spielplatz 2
32130 Enger
Tel.: 0 52 24 – 98 67 05
hans-georg.puetz@uni-bielefeld.de

Würzburg-Unterfranken
Sprecher:
Gerhart Gradenegger
Bohlleitenweg 1
97082 Würzburg
Tel.: 09 31 – 41 37 31
gradenegger@t-online.de

Wenn Sie wissen möchten,
wie gute Online-Kommunikation
wirklich funktioniert:

klicken Sie hier!

www.together-concept.de